

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Hg. monatlich. M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgebühren. M. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Postämtern, auf Verlangen Beleggeld. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Tagblatt“-Anstalt, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen des Reichs; in Berlin: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Umland die betreffenden Tagblatt-Zeiger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Hg. für lokale Anzeigen im „Reichs-Anzeiger“ und „Meiner Anzeiger“ in unvollständiger Form; 20 Hg. in davon abweichender Satzansetzung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Hg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Hg. für lokale Anzeigen; 2 Hg. für auswärtige Anzeigen. — Ganze, halbe, viertel und Viertel-Seiten, beliebig nach Belieben, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unwiederholter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 5 Uhr nachmittags. — Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Büchelstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Zeilen und Blättern wird keine Gebühr erhoben.

Dienstag, 24. März 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 139. • 62. Jahrgang.

Der Dank des Vaterlandes.

Die Empfindung ist wohl allgemein, daß die Gleichstellung der Altpensionäre des Zivilstandes mit den Neupensionären eine Forderung der Gerechtigkeit ist. Wir stehen vor der Erfüllung dieser Forderung, der Gesetzentwurf liegt vor.

Da bleibt es auffallend, daß niemand seine Stimme für die Altpensionäre der Armee erhebt. Sollte denn diese Forderung nicht gleich berechtigt sein und warum nicht?

Als das Pensionsgesetz vom 31. Mai 1906 angenommen wurde, war niemand vorhanden, der im Reichstag die Interessen der Altpensionäre genügend vertreten hätte. Der Kriegsminister hat versagt. Die einzige Konzeption, die für die Kriegsteilnehmer unter den Altpensionären herausgeschlagen wurde, war Anrechnung der Dienstzeit nach dem neuen Gesetz, wonach schon nach 35, statt wie bisher nach 40 Jahren, der Höchstgrad der Pension mit 45/60 erreicht wurde. Diese Verbesserung brachte den Kriegsteilnehmern eine kleine Hilfe. Nun ist wieder eine Reihe von Jahren darüber hingegangen, die allgemeine Forderung schreitet fort, der Lebenskampf der älteren Generation von pensionierten Offizieren nimmt schärfere Formen an. Damit wird der Wunsch lebendiger, daß den Alten daselbe eingeräumt werde wie den Jungen. Es ist unverständlich, wenn das Kriegsministerium auf dem Standpunkt steht, daß jeder Offizier, der den Dienst verläßt, mit den gesetzlichen Benefizien für Lebenszeit abgefunden sei, die gerade in Wirkung waren, als er pensioniert wurde.

Warum soll denn der seit 1906 Pensionierte eine höhere Pension beziehen als der 1905 Verabschiedete? — Hat er größere Verdienste? — Hat er größere Bedürfnisse? — Und der pekuniäre Unterschied ist ein recht bedeutender. Um es kurz zu machen nur einige wenige Beispiele zur Erläuterung: a) ein altpensionierter Hauptmann nach 25jähriger Dienstzeit bezieht 2665 M., ein neupensionierter Hauptmann 3777 M.; b) ein altpensionierter Major oder Oberleutnant nach 35jähriger Dienstzeit bezieht 5235 M., ein neupensionierter Major 5946 M., ist er patentierter Oberleutnant gewesen, 6807 M.; c) ein altpensionierter Stabschef als Regimentskommandeur bezieht nach 40jähriger Dienstzeit 6993 M., ein neupensionierter nach 40jähriger Dienstzeit 7806 M. Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß in den meisten Fällen die Kinder erst erwachsen, wenn der Vater den Dienst quittiert hat, an ihn dann die Aufforderung hoher Aufwendung für die Erziehung seiner Kinder herankommt. Die Söhne, wollen sie Offizier werden, müssen Zulage erhalten, die Töchter, wollen und müssen sie einen Lebensberuf ergreifen, haben eine kostspielige Ausbildung durchzumachen. Ist es da ein Wunder, wenn mehr und mehr der Armee der beste Offizierersatz, die Offiziersöhne, verloren geht? — Weil die Väter nicht mehr mitmachen können. Den Kriegsveteranen des Mann-

schaftsstandes wird mit vollem Recht durch Zuteilung einer jährlichen Gabe von 150 M. eine Hilfe zuteil, es ist der Dank des Vaterlandes für geleistete Dienste.

Warum wird den Veteranen des Offiziersstandes nicht einmal dasselbe Recht wie den Neupensionären? — Bedürfen sie weniger der Hilfe? — Verdienen sie, die ihr ganzes Leben der Sache geweiht und im Kriege als Führer gedient haben, weniger der Berücksichtigung? Sie fordern keine Gnadenzuwendung, sie fordern nur ihr natürliches Recht. — Gleiches Recht mit dem jüngeren Nachwuchs, der nur im Frieden gedient hat! Ist das unbillig?

Und geradezu beschämend mutet es an, wenn man den Vertreter des Kriegsministeriums erklären hört, die Mittel dazu seien nicht flüssig.

Und keiner der Parlamentarier steht auf und deutet auch nur an, daß diesen Offizier-Veteranen dasselbe gebührt wie den anderen Veteranen. Der Dank des Vaterlandes.

In Bezug auf die finanzielle Tragweite muß im Auge behalten werden, daß die Zahl dieser Veteranen rasch abnimmt, sie sterben. Die jüngsten sind über 60 Jahre, die meisten den 70er nahe. Wie lange würde es noch einer erhöhten Aufwendung bedürfen, bis sie alle zur großen Armee abmarschieren und in Walhall erliegen, daß der Dank des Vaterlandes ausgeblieben ist und sie nicht wert waren, der jungen Generation gleichgestellt zu werden.

Nun nun eine Nation, die eine Milliarde an einmaligen Ausgaben und ein jährliches Mehr-Budget von 300 Millionen für ihr Heer aufbringt, nicht für wenige Jahre einige Millionen flüssig machen, um denen zu helfen, die das Deutsche Reich geschmiedet haben.

Ein solcher Mangel an Großherzigkeit ist nur in Deutschland möglich, er gehört in das Kapitel der vielen Engergigkeiten, deren wir uns schuldig machen. Und es gehört die ganze Mannertreue, die stille Bescheidenheit und Demut dazu, die einen Tugend des deutschen Offiziers ist, wenn die alten Veteranen des Offiziersstandes diese Zurücksetzung ohne Verbitterung tragen und in dem Gedanken sterben, einer nach dem anderen: „Der Feldzug ist meine schönste Erinnerung! Gottlob, daß ich ihn erlebt! Hoch die Armee! — Hoch Kaiser und Reich!“

E. A. D o l p h, Wiesbaden.

Politische Übersicht.

Ein konservativer Jeremias.

Einer muß es ganz arg treiben, wenn er sogar der „Kreuzzeitg.“ als reaktionär verdächtig erscheint. Dies Schicksal hat ein ungenannter preussischer „Nobile“ (so nennt er sich selbst) erfahren. Unter dem hübschen, deutlich sprechenden Vornamen „Vorussicus“ hat dieser mißvergnügte Nobile ein Buch erscheinen lassen, das die „Kreuzzeitung“ in eine starke Erregung versetzt hat, in eine aus Bewunderung und notgedrun-

genem Widerspruch selbst gemischte Erregung. Die Bewunderung gilt dem echtpreussischen Geiste des Verfassers, der Widerspruch seinen unmöglichen Vorschlägen. Da nun aber die Sache selbst von Wichtigkeit ist, und zwar weit über den Kreis der Konservativen hinaus, da sie sich überdies, wenn auch nur von weitem, mit dem gegenwärtig dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Gesetzentwurf, betreffend die Landesverwaltung, bezieht, so lohnt es sich, von den Beisetzenden und den Sehnsüchtigen des Herrn Vorussicus zu sprechen. Er selbst gesteht zu, daß er sich in der Verwaltungslaufbahn zurückgesetzt fühle, die ihm zuteil gewordene Behandlung hat ihn in bestimmte kritische Bahnen gelenkt. Für Vorussicus gibt es anscheinend keine konstitutionelle Staatsform. Sein Ziel ist nach dem überwundenen Absolutismus hin orientiert, er will, „daß die Beamten der Verwaltung auch in unserem heutigen Verfassungs- und Rechtsstaat wieder die anerkannte Führerstellung gewinnen, die unsere Vorfahren im alten Staat befehlen haben“. Es ist immerhin ein Zugeständnis an das Leben der Gegenwart, wenn die „Kreuzzeitg.“ diese Forderung utopisch nennt und wenn sie sich sogar das Zugeständnis abringt, daß die Gesetzgebung heute weit mehr von der „so genannten öffentlichen Meinung als von der Bureaukratie geschaffen werde, die höchstens die wirklichen oder angeblichen Wünsche des Volkes in die Gesetzform gießt“. Die „Kreuzzeitg.“ findet weiterhin, daß in Preußen der Erfolg der allgemeinen Verwaltung gut ist. Um so verwunderter ist sie darüber, daß der kritische Vorussicus in diesen Kreisen so gar keine „Persönlichkeiten“ zu entdecken vermag. Aber dann bekommt Vorussicus wieder Recht, wenn er behauptet, daß bei der Besetzung der leitenden Stellen in der Verwaltung mitunter gewisse äußere Eigenschaften (persönliches Auftreten, Konnexionen, Vermögen) eine größere Rolle spielen als Wissen und Kenntnisse. Dies soll nun zwar in anderen Staaten noch schlimmer sein, aber wenn Vorussicus und die „Kreuzzeitung“, diesmal in vollem Einvernehmen, die Tatsache auch für Preußen feststellen, so ist das schon gerade über genug, gleichgültig, wie es in Frankreich oder in den Vereinigten Staaten von Amerika oder sonstwo aussieht. Vorussicus beklagt es, daß unter der Bevorzugung der Leute mit gewandtem Auftreten und mit guten Beziehungen die durch Geist und Wissen hervortragenden Verwaltungsbeamten zu leiden haben. Er wird denn wohl seine Erfahrungen gemacht haben, und wir sind geneigt, ihm in diesem Punkte eher zu glauben als dem Kritiker seines Buches („Eine Schicksalsstunde des preussischen Staates“) in der „Kreuzzeitg.“ Der merkwürdigste Vorschlag des Herrn Vorussicus ist jedenfalls der, daß „ein scharfer Schnitt zwischen Justiz und Verwaltung“ gemacht werden soll. Grundtätig sollen in Zukunft Juristen nicht mehr in die Verwaltung übernommen werden, sondern die Justizgeschäfte sollen durch vorübergehende Übernahme regelmäßig wechselnder Justizbeamter erledigt werden. Mit diesem Gedanken ist

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volkshilfen, der am 20. d. M. unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich zu Schönau-Carolath im Reichstag zusammentrat, lehnte den Etat der Gesellschaft für das Jahr 1914 in Einnahme und Ausgabe auf 660 500 M. fest. Von den Einnahmen einkommen u. a. auf Beiträge 130 000 M., auf Erträge aus dem Büchervertrieb 280 000 M., auf Lichtbilder- und Apparateverkauf, Lichtbilder- und Apparateverkauf, Wanderkino usw. 145 000 M. und auf Stiftungen 12 500 M. In Ausgaben wurden bewilligt u. a. für die Unterhaltung der lokalen Bildungseinrichtungen der Verbände der Gesellschaft 40 000 M., für Volksbüchereien 350 000 M., für Lichtbilder- und Apparateverkauf 35 000 M., für das Wanderkino 35 000 M. und für öffentliche Vorträge und Agitation 30 000 M. Für einen mit literarischen Anmerkungen, Erläuterungen und Notizen versehenen Katalog für Volksbüchereien, der nach etwa einem Jahre veröffentlicht werden und den Volksbüchereien ein lange ersehntes Hilfsmittel für die Bücherauswahl bieten soll, wurden die Kosten, die ungefähr 25 000 M. betragen dürften, zur Verfügung gestellt. Die diesjährige Hauptversammlung der Gesellschaft findet Anfang Oktober in Verbindung mit einem eine Woche dauernden Vortrags- und Übungskursus für freiwillige Volkshilfsarbeit in Berlin statt. Auf der Hauptversammlung werden die volkserzieherischen Aufgaben der Jugendpflegeeinrichtungen eine eingehende Behandlung erfahren.

* Die ersten bayerischen Königsmarken. Am 30. März gelangen die neuen Marken mit dem Bildnis des Königs Ludwig III. offiziell zur Ausgabe. Bayerns Briefmarken tragen damit zum erstenmal das Porträt des Königs, denn jene bekannten und von Sammlern gesuchten Marken mit dem Bild König Ludwigs II. im Prägedrud

waren nur Essays und eigentlich sogar nur private Essays. Die neuen Marken sind nach den Entwürfen des bekannten Münchner Kunstmalers Professors Walter Fries geschaffen, dessen Portraits des Königs Ludwig wohl zu den besten gehören. An den Entwürfen für die neuen Marken haben sich nach den „M. Kunst.“ auch noch andere Künstler beteiligt; der erste Entwurf Professor Fries, der schließlich zur Ausführung bestimmt wurde, hatte noch mancherlei Änderungen durchzumachen, bis man mit dem Druck der Marken beginnen konnte. Die neuen Marken gehören zu den schönsten ihrer Art.

* Ein neuer Rembrandt. Ein neu entdecktes Werk Rembrandts, das Bacchus und Ariadne auf Naxos darstellt, ist im Haag aufgetaucht. Wie dem „Cicerone“ geschrieben wird, wurde das Bild von dem Restaurator D. de Bild restauriert; nach der Entfernung einiger kleiner unbedeutender Retouchen trat Rembrandts Signatur und die Datierung 1631 zutage. Die Komposition erinnert an die Andromeda im Haag Museum, die wahrscheinlich um dieselbe Zeit entstanden ist. Doch ist das Bild etwas größer und koloristisch bedeutend interessanter. Die halbnackte Ariadne hat ein tief blaues Gewand mit goldgesticktem Rand über ihren Anien; hinter ihr liegt ein goldgelber Mantel, auf dem eine Krone zu sehen ist. Die Landschaft des prachtvoll gemalten Bildes zeigt ein schönes Kolorit von grünen und grauen Tönen. Das Werk war bisher nur wenigen Ausgewählten zugänglich, doch soll Dr. Vredius, der ja bekanntlich einer der besten Rembrandtkenner ist, nachdem er das Bild anfänglich nicht für eine Arbeit Rembrandts gehalten hatte, nunmehr von der Urheberschaft des Künstlers überzeugt sein.

* 16 Millionen für eine Kunstsammlung. Der Teil der berühmten Wallace-Sammlung, der bisher in dem Pariser Haus des verstorbenen Sir John Lubbock Scott aufbewahrt wurde und auf Grund seines Testaments nach horten Kämpfen an Lady Sadville übergegangen ist, soll nunmehr verkauft werden. Während ein Teil der Wallace-Sammlung in den Besitz des englischen Volkes gelangt ist und eine Piere

der Londoner Nationalgalerie bildet, ist dieser Teil bisher sorgfältig vor dem Publikum verborgen gehalten worden, verfügt aber ebenfalls über Schätze von einzigartiger Wert. Die Sammlung ist auf 7 Millionen Mark taxiert worden; doch hat der große amerikanische Sammler Widener 16 Millionen Mark dafür geboten, und in Frankreich glaubt man, daß eine öffentliche Versteigerung, die im Juni in London stattfinden soll, eine noch höhere Summe erzielen würde. Jedenfalls wäre damit der Rekordpreis aufgestellt, der bisher für eine Kunstsammlung gezahlt worden ist. Die höchste Summe, die bis jetzt die Versteigerung einer Kunstsammlung brachte, war die der Sammlung Doucet im Jahre 1911, für die 11 076 000 M. gezahlt wurden. Die Sammlung von Hamilton Palace brachte im Jahre 1882 7 590 000 M., die Sammlung Lalang 1902 7 586 000 M. und die Sammlung Spitzer 1893 7 286 000 M.

* Eine neue Südpolexpedition. Aus Stockholm wird gemeldet: In der Gesellschaft für Anthropologie und Geographie berichtete der Präsident des antarktischen Ausschusses, Admiral P. A. Lander („Vega“-Expedition), von der neuen Expedition nach den Südpolargegenden. Schon auf der Seimreise der Nordenskjöldischen Expedition, die im Jahre 1901 mit der untergegangenen „Antarctic“ nach diesen Gegenden unternommen worden war, wurde eine neue Expedition geplant, die im Sommer 1915 aufbrechen soll. An der östlichen Seite des Antarktislandes soll ein Hafen gesucht werden. Die Arbeiten werden auf fünf Jahre veranschlagt. Sechs Gelehrte, darunter zwei Engländer, wollen die Expedition begleiten. Die Gesamtkosten dürften 270 000 Kronen betragen. Die Hälfte dieser Summe soll Schweden aufbringen, die andere Hälfte wird von England durch Beiträge des Britischen Museums und der königlichen Geographischen Gesellschaft erhofft. Die einmaligen, auf 75 000 Kronen berechneten Ausgaben soll ausschließlich Schweden bezahlen. Die von der Expedition zurückgebrachten Sammlungen sollen zwischen England und Schweden geteilt werden.

Rußland.

Die Küstungskosten. Petersburg, 22. März. Die Landesverteidigungskommission erwidert in ihrer letzten Sitzung den Zeitungsplan von Koval. Die Kommission stellte fest, daß Einzelheiten, die in geheimen Sitzungen beraten wurden, zum Kenntnis des Auslandes gelangt seien. Ferner wurde festgestellt, daß die russischen Armeelieferungen zu teuer ausfielen, daher wäre es angebracht, die Lieferungen an ausländische Firmen zu vergeben. Die Kommission stellte ferner fest, daß am 1. Januar 1914 die Staatsschulden 8 800 000 000 Rubel betrugen. Der Vorsitzende der Budgetkommission, Alexijenko, behauptete, daß in den letzten Jahren die Schulden des russischen Reiches abnahmen.

Türkei.

Eine neue Torpedobootstation. Konstantinopel, 23. März. Das Marineministerium hat beschlossen, eine Torpedobootstation bei Genetali an der europäischen Küste, der Mündung des Bosporus, anzulegen.

Afrika.

Der tolle Mullah. London, 23. März. Wie aus Aden gemeldet wird, haben sich die englischen Militärbehörden genötigt gesehen, 200 Mann Infanterie zur Verstärkung nach Berbera zu schicken, da man einen Handstreich der Anhänger des tolen Mullah gegen diese Stadt befürchtet. Es werden Stimmen laut, die für einen energischen Feldzug gegen die Anhänger Mullahs eintreten, da diese eine ständige Gefahr für die Kolonie bilden.

Luftfahrt.

Neue Fahrten der Zeppelin-Luftschiffe. Frankfurt a. M., 23. März. Die Zeppelin-Luftschiffe werden jetzt ihre Winterquartiere verlassen und die gewohnten Passagierfahrten wieder aufnehmen. Den Anfang macht das Luftschiff „Gansa“ in Berlin-Potsdam, das heute zum erstenmal wieder aus der Halle geholt wird und täglich neben den üblichen kleineren Rundfahrten bei günstiger Witterung weite „Ziel- und Fernfahrten“ von 160 und mehr Kilometern Ausdehnung unternimmt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Entwicklung des Kapitalismus.

Am Mittwoch- und Donnerstagabend sprach Herr Dr. Lederer, Dozent an der Universität Heidelberg, auf Einladung des „Vereins Frauenbildung-Frauenstudium“ im Turnsaal des Gymnasiums I. Der Vortragende ging davon aus, daß die Wirtschaft im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung nicht stets dieselbe Rolle gespielt habe; in der Vergangenheit, selbst z. B. im römischen Reich, hatte die Wirtschaft nur abgeleitete Existenz, war abhängig in ihrer Gestaltung von der politischen Entwicklung im Innern und Außen. Erst in der Gegenwart, resp. seit dem Beginn der kapitalistischen Ära, bekommt die Wirtschaft Eigenbedeutung, wird eine selbständige Sphäre in der Gesellschaft. Sie unterscheidet sich nun auch wesentlich von den früheren Wirtschaftsformen, besonders der mittelalterlichen; sie ist rationalisiert, also zweckvoll gestaltet, im Gegensatz zu den früheren empirischen Wirtschaftsmethoden, und sie ist dynamisch, hat eine Eigenbewegung, eine innere eigene Gesetzmäßigkeit, welcher sie gehorcht. Die Umwandlung der Wirtschaft in dieser Richtung wäre durch einige Entwicklungsstadien zwar nicht verursacht, aber doch ermöglicht und vorbereitet, so durch die Technik, die Änderung des Rechtssystems, die Bevölkerungsvermehrung; entscheidende Bedeutung kommt der Feldwirtschaft zu, welche das Wirtschaftsleben aufbaute und für eine Neuorganisation in dem oben erwähnten Sinn geeignet machte. Die entscheidenden Ursachen für die Durchsetzung des Kapitalismus sind jedoch (auf Grund der neueren Forschungen, besonders von M. Weber) mit größter Wahrscheinlichkeit in der religiösen Sphäre zu suchen, von der (nämlich vom Calvinismus) die Berufsauffassung entscheidend umgewandelt wurde, weil jetzt erfolgreiche Tätigkeit im Wirtschaftsleben, Erwerb von Reichtum (und zwar nicht zum eigenen Genuß) als Symptom von Pflichterfüllung und eines gottgefälligen Handelns galt. So konnte das Wirtschaftsleben in das Zentrum aller Interessen wirken und bald ganz selbständig werden, während es früher nur ein Element eines viel weiteren Lebenskreises gebildet hatte. — Im zweiten Vortrag erfolgte die Charakteristik des Kapitalismus als eines ökonomischen Systems des nächsten: im Kapitalismus wird das Kapital die führende ökonomische Kategorie (d. h. Güter, welche im Produktionsprozeß zum Zweck der Gewinnerzielung verwendet werden), und es ist charakteristisch, daß sich der Umfang der Kapital-sphäre erweitert, daß immer mehr Tätigkeiten zur Basis eines kapitalistischen Unternehmens werden (selbst Theater, wissenschaftliche Tätigkeit usw.). Am wichtigsten ist die Durchsetzung der kapitalistischen Wirtschaftsform in der gewerblichen Sphäre; sie erfolgt durch das Mittel der technischen Entwicklung, welche durch Arbeitsteilung, Einführung motorischer Kräfte usw., zuletzt noch durch Taylorismus, zum Großbetrieb nötigt. Dieser schafft als zweite, für den kapitalistischen Prozeß entscheidende ökonomische Kategorie die Arbeit. Die Kapitalisierung der gewerblichen Sphäre hat nicht nur die Befähigung und teilweise Vernichtung des Handwerks zur Folge, sondern ist auch die alten sozialen Ordnungen auf und schafft als konstitutive soziale Elemente die Klassen, zunächst Kapitalisten und Proletariat (zu welchen noch andere Klassen späterhin hinzutreten). Das Proletariat als neue soziale Formation ist charakterisiert durch die Tatsache, daß die Arbeit nur frei ist, aber weiterhin auch dadurch, daß der Arbeiter (infolge der Durchsetzung des Großbetriebs) von den Produktionsmitteln getrennt, dauernd unfähig, daß er ein Anhängsel der Produktion, daß er als Klasse und immer mehr auch als einzelner sein Schicksal aus der wirtschaftlichen Sphäre diktiert erhält. Die Existenz des Arbeiters hängt von der Gestaltung des Arbeitsmarktes ab, und darin zeigt sich deutlich, daß er Objekt eines wirtschaftlichen Prozesses geworden ist. So werden auch die Bewegungskräfte dieses Prozesses für ihn bedeutsam — in erster Linie die Tendenz zur Konzentration des Kapitals, welche die wichtigste Eigenbewegung des Prozesses im Kapitalismus ist, und die Kräfte, in welchen sich die Widersprüche des Produktionsprozesses lösen. — Die nächsten zwei Vorträge sollen nun zeigen, welcher Klassenbau sich auf dieser ökonomischen Grundlage entwickelt hat, und darlegen,

welche Wirkungen die Gliederung der Gesellschaft nach wirtschaftlichen Klassen für das soziale und öffentliche Leben hatte, und welche Aufgaben der sozialen Politik daraus erwachsen.

— **Todesfall.** Der Garnisonverwaltungsdirektor a. D., Rechnungsrat Friedrich Hillemann, ist in seiner Wohnung Schornhorststraße 42 im Alter von 66 Jahren gestorben.

— **Die Beratungsstelle für Gasverwertung,** insbesondere die regelmäßigen Veranstaltungen derselben in der Musterküche, erfreuen sich trotz ihres kurzen Bestehens eines großen Zuspruchs, der beweist, daß die Neueinrichtung einem wirklichen Bedürfnis entspricht. Die Schaukasten waren oft so überfüllt, daß viele Damen keinen Platz finden konnten, weil sie den wohlgemeinten Rat der Gaswerkverwaltung, sich zur Vorführung anzumelden, außer acht gelassen haben. — Um allen Interessenten Gelegenheit zu bieten, einem Schaukasten beizumischen, läßt die Gaswerkverwaltung durch ihre Lehr- und Vortragende am nächsten Donnerstag, abends 8½ Uhr, im großen Saal der „Wartburg“ die Vorträge der Gastküche praktisch vor Augen führen. Am Tage vorher findet am gleichen Ort und zur selben Stunde ein Ingenieurvortrag mit Lichtbildern statt über das Thema: „Das Gas im Haushalt und Gewerbe“, für den sich in erster Linie Architekten, Hausbesitzer und Gewerbetreibende interessieren werden. Um auch deren Damen etwas zu bieten, wird mit diesem Vortrag ein Schaukasten verbunden.

— **Der Kaufmännische Verein und das Arbeitsamt.** Der Vorsitzende des „Kaufmännischen Vereins Wiesbaden“, Stadtverordneter Heinrich Glücklich, schickte uns folgende Erklärung: „In dem Bericht über den am Sonntag, den 15. März, stattgefundenen Handlungsgehilfenstag wird u. a. auch die Eingabe des „Kaufmännischen Vereins“ an die Handelskammer wegen Eingabe des an das Arbeitsamt für die kaufmännische Stellenvermittlung geleisteten Beitrags von 300 M. erwähnt. Die Stellungnahme des „Kaufmännischen Vereins“ wurde nach dem Bericht dahingehend kritisiert, daß die Eingabe nicht die Meinung des Vereins, sondern meine persönliche Meinung abgab. Es wird ferner erwähnt, der „Kaufmännische Verein“ hätte in seiner Eingabe betont, es sei für die Kaufleute unwürdig, wenn denselben an gleicher Stelle wie Arbeitern, Dienstboten usw. die Stellen nachgewiesen würden. Die Eingaben des „Kaufmännischen Vereins“ sind durch Vorstands- und Vereinsversammlungsbeschlüsse erfolgt. Die Eingaben sind von mir, als dem ersten Vorsitzenden, und von dem Schriftführer, Herrn Ed. M. v. d. El., unterschrieben. In den Eingaben des Vereins habe ich nicht meine persönliche Meinung zum Ausdruck zu bringen, sondern mich lediglich an die Beschlüsse des Vorstands, resp. der Versammlungen zu halten. Innerhalb des Vereins ist es jedem Mitglied unbenommen, seine eigenen Meinungen zu vertreten, nach außen hin jedoch kann es sich nur um Beschlüsse des Vorstands oder der Versammlungen handeln. Der Vorstand des „Kaufmännischen Vereins“ besteht aus 23 Mitgliedern. In seiner Eingabe ist der Ausdruck „unwürdig“ gefallen. Unsere Stellungnahme gegen den kaufmännischen Stellennachweis des Arbeitsamts ist bestimmt durch die Pflicht der Wahrung der Standesinteressen. Wenn wir unseren Kaufmannsstand heben wollen, so wollen wir hiermit in keiner Weise andere Berufsstände, auch nicht die Arbeiter, heruntersetzen oder gar einen Vorbehalt mit diesen Ständen als unwürdig bezeichnen. Bei Einrichtung des kaufmännischen Stellennachweises seitens des Arbeitsamts wurde übrigens von allen kaufmännischen Vereinen, wie auch von der Handelskammer, ausdrücklich die Forderung aufgestellt, daß dieser kaufmännische Stellennachweis vollständig getrennt von den anderen Arbeitsvermittlungen geführt werden muß. Eine Trennung von den anderen Arbeitsvermittlungen ist jedoch nicht erfolgt, und diese Tatsache ist in der Eingabe des „Kaufmännischen Vereins“ erwähnt worden mit der Begründung, daß wir unter Trennung eine räumliche Trennung verstehen, und daß es für den stellensuchenden Kaufmann niederdrückend sei, wenn er an gleicher Stelle, an welcher gelernter und ungelerner Arbeiter, Dienstboten usw. Arbeit nachgewiesen wird, auch seine Stellen nachgewiesen erhält. Gerade die Vereine, die sich heute gegen diese Stellungnahme des „Kaufmännischen Vereins“ wehren, der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband“ und der „Katholische kaufmännische Verein“, haben selbst feinergeteilt ausdrücklich diese Trennung von den anderen Arbeitsvermittlungen gefordert.“ — Die Erklärung des Herrn Glücklich ändert die Sache insofern, als er nicht allein für die Eingabe verantwortlich gemacht werden kann, die an die Handelskammer gerichtet worden ist. Aber auch nur insofern. Ob der Ausdruck „unwürdig“ gebraucht worden ist oder nicht, darauf kommt es nicht an, maßgebend zur Beurteilung der Sache ist das, was Herr Glücklich in seiner Erklärung noch einmal ausdrücklich feststellt: daß es für den stellensuchenden Kaufmann niederdrückend sei, wenn ihm an gleicher Stelle mit gelerntem und ungelerten Arbeitern usw. Arbeit nachgewiesen wird. Man kann das auch anders ausdrücken: Die Kaufleute sind mehr als Handwerker und andere Handarbeiter, deshalb müssen sie, wenn sie Stellen suchen, auf eine räumliche Trennung von diesen bestehen. Sie empfinden es als unwürdig, mit Handwerkern usw. an derselben Stelle bedient zu werden. Wir nehmen zur Ehre des Kaufmannsstandes und vor allem auch der Mitglieder des „Kaufmännischen Vereins“ an, daß das eine Ansicht ist, die nur eine Widerrede von Kaufleuten vertritt. Sozial ist es jedenfalls nicht, der Berührung mit den Angehörigen anderer Berufsstände selbst auf der Arbeitssuche aus dem Wege zu gehen.

— **Passionsgottesdienst.** In der Marktkirche findet Donnerstag, den 26. März, nachmittags 3 Uhr, Passionsgottesdienst statt. Die Predigt hält nicht Dekan Videl, sondern Pfarrer Schulte.

— **Verlorene Wertpapiere.** In einem Wagenabteil 3. Klasse des Zuges von Mainz nach Wiesbaden oder vom Hauptbahnhof durch die Kaiserstraße und Wilhelmstraße ist am Samstag eine Obligation der Reichsanleihe Nr. 40 080 verloren gegangen. Besitzer des Wertpapiers ist der Sanitätsrat Dr. Götter in Mainz.

— **Eine Falschmünzwerkstätte im Wald.** In der verlängerten Langstraße im Wald, in der Nähe der griechischen Kapelle, wurde unter einem Eichenbaum eine vollständig eingerichtete Falschmünzwerkstätte gefunden, nämlich Gipsformen für die Herstellung von falschen Zweimarkstücken mit dem Bildnis Kaiser Wilhelms II., dem Prägezeichen A und der Jahreszahl 1907, ferner eine Stange Zinn, ein zerbrochener und ein ganzer Gießpfloß. An der Fundstelle lagen noch ein Stück Fensterladen, ein rot- und weißgestreiftes Taschentuch, eine schwarze Damenperle mit dem Verkaufsettel einer hiesigen Firma vom 8. Juli 1913. Nach der aufge-

fundenen Form sind Falschstücke angefertigt und hier in Wiesbaden und in der Umgebung in Umlauf gebracht worden. Verschiedene Stücke wurden bereits angehalten. Die Gegenstände können schon längere Zeit an dem Fundort gelegen haben.

— **Zimmerbrand.** In dem Hause Herderstraße 21 drangen vorgestern abend gegen 7 Uhr aus einer Wohnung des ersten Stockes starke Rauchwolken. Die Feuerwehr, die gerufen wurde, mußte, da die Wohnung verschlossen war, die Tür erzwingen und mit Steigleitern vom Hof aus in die Wohnung dringen. Der Brandherd lag in der Küche; er wurde mit einer Schlauchleitung bekämpft. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

— **Vollstreckung.** Die Vollstreckung, Hellmündstr. 45, 1, ist jetzt Sonntags von 9½ bis 1 Uhr geöffnet.

— **Personal-Nachrichten.** Der Aktuar Herzmann aus Wiesbaden, kürzlich in Frankfurt, ist zum Amtsgerichtsekretär dortselbst ernannt.

Musik- und Vortragsabende.

— **Kurhaus.** Das Sinfonie-Konzert am Sonntagmorgen wurde mit einer Rarität für Wiesbaden eröffnet: „Kalliopeia und Jüngling“ von Wilhelm Bauer. Der Komponist, welcher am Frankfurter Konservatorium seine Studien absolvierte — er ist speziell Schüler von Ivan Morav — dirigierte sein Werk persönlich und die Kurkapelle brachte es zu glänzender Geltung. Auf einem wichtigen Bahn-Thema sind die Variationen der Kalliopeia in gefälliger Weise aufgebaut; auch die Mittel- und Oberstimmen übernehmen vorübergehend das Thema, das zu kräftiger Steigerung anwächst. Mit einem seit übermüht sprudelnden Hauptthema setzt die Doppelfuge ein; ein gefangenes zweites Thema ist gegenübergestellt; die Verarbeitung ist gewandt durchgeführt und die Fuge in breiten Affekten zum Abschluß gebracht. Die Instrumentation befindet sich auf hohem Stande und so hinterließ auch das frisch erkundete Werk einen recht befriedigenden Eindruck, der sich in anerkennendem Beifall für den jungen Komponisten befand. Der talentvolle Konzertmeister unseres Kurorchesters Herr Ad. Schiering erregte durch die technisch sorgfältig studierte und mit warmem Gefühl durchgeführte Wiedergabe des Festlichen Violinkonzerts. Der rauschende Beifall des Publikums, Blumen und Hervorrufer gaben einen Beweis von der Begeisterung, deren sich Herr Schiering hier bereits allezeit zu erfreuen hat. Das Kurorchester unter Herrn Musikdirektor Schürichs Leitung beschloß das Programm mit den „Statischen Intermezzi“ unseres Wiesbadener Tonkünstlers E. W. Sie sind schon früher unter der Leitung des trefflichen Kapellmeisters R. Wötner an gleicher Stelle aufgeführt worden und erregten auch diesmal lebhaftes Interesse, so daß es an beifälliger Aufnahme nicht fehlte.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Der „Deutsche Wehrverein“ (Ortsgruppe Wiesbaden) erläßt Einladung zum Gründungsstake der Ortsgruppe (24. März) im Saale des Restaurants „Wartburg“, Schornhorststraße 41. Herr Albert Wollgemuth (Heidelberg) hält einen Vortrag über „Meine Eindrücke in der französischen Fremdenlegion“ mit Lichtbildern. Beginn 8½ Uhr abends.

* Der „Verein für naturwissenschaftliche Altertums- und Geschichtsforschung“ hält Mittwoch, abends 6 Uhr, im Museum die diesjährige Hauptversammlung ab. Abgesehen von dem Bericht des Schriftführers über die Vereinsaktivität im vergangenen Vereinsjahr wird der Museumsdirektor Dr. Brenner über die Unternehmungen und Erwerbungen des Landesmuseums einen Überblick geben. Auch werden letztere im Saale ausgestellt sein. Nach Schluß der Versammlung, in der noch Vereinsangelegenheiten behandelt werden, findet um 8 Uhr ein einfaches gemeinsames Abendessen im „Rheinhotel“ statt.

* Im Verein „Frauenbildung-Frauenstudium“ finden Mittwoch und Donnerstag die beiden letzten Vorträge des Dr. Lederer aus Heidelberg über das Thema „Das Gesamtbild der kapitalistischen Entwicklung“ statt. (8 Uhr, Aula der Kaiserstraße.)

* Der „Lehrerverein Wiesbaden-Land“ hielt im Gasthause „Zur Union“ eine ausgedehnte Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Stud. phil. Heinz aus Erbenheim einen recht interessanten Vortrag über Reiseüberlegungen hielt. Nach Durchberatung der diesjährigen Anträge für die Hauptversammlung zu Osnabrück wurde beschlossen, die nächste Versammlung im Mai in Kuringen abzuhalten.

Vereinsvorträge.

* Der Vortrag, veranstaltet vom „Deutschen und Österreichischen Alpenverein“, den am Donnerstag Ritter E. von Posla-Wien hielt, hatte eine große Subscribersammlung. An die dalmatinische Küste und nach Albanien führte der Redner. Aus dem belebten Hafen von Triest ging es auf einem Dampfer des österreichischen Lloyd an dem Kriegsschiffen Pola vorbei nach der entzweiten Insel Brioni, nach Ruffini (berühmter Kurort), nach Insel Arbe, mit baulichen Reizen aus der Zeit der Bonaparte, nach Ufa, dem Schauplatz der großen Seeschlacht zwischen Österreich und Italien im Jahre 1800. Längeren Halt gab es in Pola, der Hauptstadt Dalmatiens, Spalato, mit seinem großartigen eisenen Kaiserpalast, Maestri, die märchenhaft schöne Stadt und die großartige Romantik der Feste von Cattaro wurden aufgeführt. Letztlich und das vielgenannte Skutari erregten besonderes Interesse, wie auch die „Riviera“ aus Albanien mit seiner vielen modernen Hauptstadt Durazzo. Der Vortrag war von mehr als hundert schönen Lichtbildern begleitet. Reicher Beifall lohnte den Redner, welcher in unterhaltender, humorvoller, freier Rede 1½ Stunde lang die Zuhörer fesselte. (Ohne Gewähr.)

* 10 Tage in den Naturschutzgebieten der Hohen Tauern, lautet das Thema des Lichtbildervortrags, den am Abend des 20. d. M. Herr Wittemeyer a. D. Graf v. v. Gersdorff in der Aula des Gymnasiums hielt. Der Vortragende wollte als Jahrgang des derzeitigen Stadners der teils schon vom „Verein Naturschutzpark“ erworbenen, teils noch zu erwerbenden Gebiete. An der Hand ausgearbeiteter, zum Teil kolorierter Lichtbilder schilderte Redner in anfassender Weise seine Eindrücke auf diesem herrlichen Flecken der Erde. Mit poetischem Schwung „Hilberte er die Naturschönheiten des Gebietes. Als weidgerechter Jäger schloß er sich durchaus den Bekehrungen des Vereins Naturschutzpark an und bekräftigte es, daß sowohl die Pflanzenwelt als auch der reichliche Wildbestand in Zukunft in ausreichendem Maße geschützt werden sollen. Die schönen und interessanten Ausführungen erzielten den wohlverdienten langanhaltenden Beifall, und der Vortragende bedauerte sehr, daß Graf v. Gersdorff von hier scheiden muß, daß aber der hoffnungsvolle Ausblick, daß er später doch vielleicht noch einmal einen ähnlichen schönen Vortrag in der Ortsgruppe des Vereins Naturschutzpark, E. V., halten werde. (Ohne Gewähr.)

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Der Abschiedskommers des Unteroffizierskorps.

FC. Dieblich, 22. März. Zum Abschiedskommers hatte das Unteroffizierskorps am Samstagabend Vereine und Personen, die mit dem Korps in Verbindung standen und stehen, eingeladen, so daß sich das Festlokal, die Turnhalle, sehr füllte. Der Kommandeur der Unteroffizierschule, Oberstleutnant v. Wurmb, hielt eine Ansprache, in der er darauf hinwies, daß Tausende von ehemaligen Schülern eine tüchtige Bildung in der Schule genossen und dadurch jetzt angesehen und erfolgreiche Stellen im staatlichen und Gemeinwesen bekleiden. Er schloß mit einem Hoch auf den Landesherren, in das die Versammelten begeistert einstimmten. Zahlreiche ehemalige Schüler waren aus den entferntesten Orten herbei-

Reichssekretär, der auch heute behauptet, ein Tauschgeschäft gehe eigentlich dem Reichstag gar nichts an, wies der Abgeordnete Dove darauf hin, daß der Tausch eine unvollendete Form des Güterumtums sei. Die Resolution der Kommission, welche die Regresspflicht der schuldigen Beamten nachgeprüft wissen will und fordert, daß Tauschgeschäfte künftig etatsrechtlich ebenso wie die Kaufgeschäfte behandelt werden sollen, sowie endlich ein Reichswirtschaftsgelehrter verlangt, wurde angenommen, in ihrem ersten Teil sogar einstimmig. Bei dem Etat des Reichssekretariats, der dann folgte, versuchte der Sozialdemokrat Stolle vergeblich, eine lange Rede über die Einfuhrzölle an den Mann zu bringen. Als der Präsident ihn dreimal zur Sache gerufen hatte, verließ er die Tribüne, ohne daß er zu Ende gekommen war. Prinz Schönaich-Carolath sprach wie alle Jahre zu Gunsten der Veteranenbeihilfe. Die Debatte drehte sich fast ausschließlich um die Unterstützung der Kriegsteilnehmer und die vorgeschlagene Neuordnung dieser Unterstützung, die bekanntlich auch auf Nichtkombattanten ausgedehnt werden soll.

Sitzungsbericht.

Staetner Drabbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.
Berlin, 23. März.

Am Bundesratssitzung die Staatssekretäre Dr. Lisco, Raetke und Kühn.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2.18 Uhr und teilt mit, daß von dem Herzogspaar von Braunschweig ein Danktelegramm eingegangen ist für die Glückwünsche des Reichstags zur Geburt des Erbprinzen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung eines Gesetzentwurfs, betreffend die Verlegung der deutsch-russischen Landesgrenze vom Memelstrom bis zum Nesselfluß. Der Entwurf wird ohne Debatte in erster und sofort ohne Debatte in zweiter Lesung erledigt. Gleichfalls ohne Debatte wird der Gesetzentwurf über die Folgen der Verhinderung wechselseitiger und schiedsgerichtlicher Handlungen im Auslande in dritter Lesung erledigt. Es folgt die

Beratung des Notetatsgesetzes.

Abg. Wed-Heidelberg (nall.) begründet einen Antrag, der eine Reihe neuer Beamtenstellen im Postetat vorschlägt. Es wäre notwendig, diese neuen Stellen, die durch das Bedürfnis hervorgerufen seien, schon jetzt in den Etat einzubeziehen. Der Notetat wird mit dem dazu gestellten Antrag ohne weitere Debatte in zweiter Lesung erledigt.

Der Bericht der Reichsschuldenkommission

über die Verwaltung des Schuldenwesens des Deutschen Reiches und der deutschen Schutzgebiete, über den Hinterbliebenen-Versicherungsfonds, über den Fonds zur Förderung des deutschen Nachrichtenwesens, den Reichskriegsschatz usw. wird entsprechend dem Antrage der Kommission zur Kenntnis genommen und Entlastung erteilt.

Eine Reihe weiterer Rechnungssachen wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt ein dritter Nachtragsetat. In diesem werden Mittel angefordert für den

Erwerb des Grundstücks Viktoriastraße 34 in Berlin.

zu dessen Übernahme das Reich durch Schiedspruch gezwungen worden ist. Die Kommission empfiehlt Annahme der Vorlage.

Abg. Stöcklin (Soz.): Hier handelt es sich um nichts weniger, als um einen Vorstoß gegen das Budgetrecht des Reichstags, um den Verzicht, eine Verletzung der Verfassung herbeizuführen. Dem Reichstag wird eine Rechnung von weit über 5 Millionen präsentiert, nachdem man ihn vor eine solche Last nicht gestellt hat. Wir müssen uns entscheiden dagegen, daß der Reichstag auf diese Weise hintergangen wird. (Präsident Dr. Kaempf bittet den Redner, sich zu mäßigen.) Das Gebäude sollte dem Militärkabinett, der Nebenregierung, von dem aus die Befehle an das Kriegsministerium gehen, zur Verfügung gestellt werden. Das Militärkabinett ist die tonangebende Instanz und dabei unantastbar. Wenn das alte Gebäude in der Vahrenstraße nicht mehr ausreicht, warum errichtet man das neue Gebäude nicht auf dem Tempelhofer Feld auf fiskalischem Boden bei dem Bezirkskommando? Was man nicht auf geradem Wege erreichen konnte, hat man nun auf diesem Wege versucht. (Präsident Dr. Kaempf bittet den Redner, sich in parlamentarischen Grenzen zu halten.) Der Militärklub hat sich dann mit Herrn Winterfeldt dahin verständigt, daß die ganze Sache einem Schiedsgericht unterbreitet werden solle. Dem Reichstag war hierüber keine Mitteilung gemacht worden, nur der Herr Staatssekretär Kühn hat in seinem Finanzreport eine versteckte Andeutung hierüber gemacht. Das Schiedsgericht hat das Urteil gefällt. Die Folge ist:

daß das Reich um 2 bis 2½ Millionen geschädigt worden ist, die Herrn Winterfeldt und der Dresdener Bank in die Tasche fließen.

Es muß verlangt werden, daß der Schuldige gesucht und mit seinem Vermögen haftbar gemacht wird. Wegen der Grundtaxe, daß bei Tauschgeschäften, bei Millionenobjekten, der Reichstag nicht gehört zu werden braucht, muß entschieden protestiert werden. Sonst könnte ja auch eines Tages der Reichstag vertauscht werden. (Beifall.) Hier haben wir es wieder einmal mit einem Machtmittel des Militarismus zu tun, der den Reichstag ausschalten wollte. Nur der entschlossene Widerstand des Reichstags kann das Deutsche Reich vor großem Schaden bewahren.

Abg. Schiffer-Magdeburg (nall.): Mit der Würdigung dieses Vorgehens ist der Reichstag in sich und mit dem Kriegsminister einig. Auch der Minister hat nachsichtig anerkannt, daß der Vorgehens mit dem Budgetrecht des Reichstags nicht vereinbar sei. Die Beamten haben zwar in gutem Glauben gehandelt, haben aber ihre Behörden sowohl wie den Reichstag in eine missliche Lage gebracht. Es muß mit Nachdruck verlangt werden, daß die Frage des Regressanspruches des Reichstags abschließend geprüft wird und daß Tauschgeschäfte in grundsätzlichen etatsrechtlichen oder behördlichen wie Kaufgeschäfte. Schließlich muß die baldige Vorlegung eines Reichswirtschaftsgelehrten angefordert werden. (Beifall.)

Abg. Göttsch (Vpt.): Jede Verhinderung des Budgetrechts des Reichstags muß vermieden werden. Nach eingehendem Studium des schiedsgerichtlichen Urteils muß ich sagen, daß der Fiskus noch ganz gut abkömmt. Die Wahrung des Budgetrechts ist viel wichtiger als ein eventueller Verlust. In praxi wird der Verlust nicht so groß sein.

Wir kommen noch einmal mit einem blauen Auge davon. Wir müssen aber zeigen, daß wir nicht vor dem Militärkabinett unterliegen. Wir fürchten nur, daß mit der Resolution nicht viel erreicht wird. Trotzdem müssen wir sie einstimmig annehmen.

Staatssekretär Kühn: Ich habe mich in der Kommission nur in grundsätzlicher Richtung geäußert. Die Finanzverwaltung hat für sich bisher in Anspruch genommen, reine Tauschgeschäfte, wenn keine Zahlung erfolgt und der Verwendungszweck der gleiche bleibt, vorzunehmen. Bei größeren Projekten wird der Reichstag damit befaßt, sobald nicht zwei Tauschgeschäfte darauf gemacht werden. Ich würde es sehr bedauern, wenn das Vertrauen des Reichstags zur Regierung erschüttert sein sollte. Hier liegt kein reines Tauschgeschäft vor. Ein solches daraus zu konstruieren, war nicht möglich. (Hört! Hört! bei den Soz.) Die Reichsleitung ist dazu gekommen, das Geschäft an den Reichstag zu bringen, ohne Druck von außen her oder daß die Öffentlichkeit überhaupt etwas davon wußte. Darin dürfte für das Parlament die Garantie liegen, daß auch in Zukunft so verfahren wird.

Abg. Lechmann (Soz.): Bei einem reinen Tauschgeschäft, bei dem also beide Teile ihre Forderungen gegeneinander ausgleichen, wäre nach Ansicht des Staatssekretärs Kühn eine Genehmigung des Reichstags nicht notwendig. Wir stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Wir stimmen der Kommissionsresolution zu.

Abg. Dove (Vpt.): Tauschgeschäfte müssen den etatsrechtlichen Bestimmungen in gleicher Weise unterliegen wie Käufe und Verkäufe. Wir werden der dahingehenden Kommissionsresolution zustimmen.

Staatssekretär Kühn: Wenn verschiedene Vordredner an meinen Ausführungen über Tauschgeschäfte Anstoß genommen haben, so muß ich erklären, daß meine Ausführungen darauf beruhten, daß im Etat nur Ausgaben und Einnahmen aufgenommen werden, die sich in bar ausdrücken lassen; das ist bei Tauschgeschäften nicht der Fall. Trotz dieser grundsätzlichen Auffassung hat die Finanzverwaltung in der Regel die Zustimmung des Reichstags auch zu derartigen Geschäften eingeholt, und sie ermöglicht es dadurch, daß sie das Tauschgeschäft in zwei Geschäfte, Tausch und Verkauf, aufgelöst hat.

Kriegsminister v. Falkenhayn: Zweifelslos handelt es sich in dem vorliegenden Falle um kein reines Tauschgeschäft. Jedenfalls handelt es sich aber um ein vorzügliches Geschäft für das Reich.

Der Chef des Militärkabinetts hat bei dem Bau so viel mitgewirkt wie jeder Baueigentümer an einem Bau für seine Behörde mitwirkt. Von einer luxuriösen Wohnung für den Chef des Militärkabinetts kann keine Rede sein. Der Festsaal ist ungefähr so groß wie eine gute Berliner Stube. (Sehr gut! und Beifall.) Dieses neue Gebäude ist nur aufgeführt, um neue Arbeitsräume zu schaffen. Selbstverständlich mußte dort zugleich auch für eine Wohnung des Chefs des Kabinetts Sorge getragen werden, da bei der Eigenart des Betriebes der Chef in ununterbrochener Verbindung mit seinen Beamten bleiben wollte. Das Militärkabinett mit seinem ununterbrochenen Verkehr mit allen Zentralbehörden konnte auch nicht an die Peripherie verlegt werden. Diese Gelegenheit dürfte nicht die richtige sein, um das Verhältnis zwischen Kriegsminister und Militärkabinett zu erörtern. Wie das Budgetrecht durch die Verfassung festgelegt ist, so ist dies auch hinsichtlich des Militärkabinetts der Fall. Sollte ich die Verantwortung für das Militärkabinett übernehmen, so müßte die Verfassung geändert werden. Im übrigen werden wir wohl in einigen Wochen Gelegenheit haben, auf diese Frage einzugehen. (Beifall.) Der harte Tadel, warum ich diese Verantwortung nicht auf mich genommen hätte, war nicht berechtigt. (Bravo!)

Nach weiterer kurzer Debatte wird der Nachtragsetat in der Fassung der Kommission mit der Resolution angenommen.

Bei der darauf folgenden zweiten und dritten Lesung wird der Nachtragsetat sodann unverändert und ohne Debatte angenommen. Dabei stimmen auch die Sozialdemokraten dafür. (Zurufe: Die Sozialdemokraten stimmen für den Etat! — Heiterkeit und Bravo!-Rufe; andauernde Bewegung und Lärme.)

Es folgt die zweite Lesung des Etats des Reichssekretariats.

Die Kommission (Berichteratter Abg. Erzberger) beantragt unveränderte Annahme des Etats sowie Annahme einer Resolution, in der die Vorlegung einer Novelle auf Gewährung von Kriegsteilnehmerbeihilfen auch für Nichtkombattanten gefordert wird.

Abg. Stöcklin (Soz.): Das System der Einfuhrschneide schädigt die Interessen des Volkes, es wirkt auch auf die Lage des arbeitenden Volkes. (Vizepräsident Dr. Dove erlaubt den Redner, zur Sache zu sprechen. Bei späterer Gelegenheit erlaubt er ihm, keine Agitationsrede zu entwerfen, dieser Etat sei nicht die Stelle dazu. Als der Redner dann wiederum auf die agrarpolitische Seite der Einfuhrschneide zu sprechen kommt, wird er schließlich von dem Vizepräsidenten Dr. Dove zum letzten Male zur Ordnung gerufen.)

Abg. Schulenburg (nall.): Für die Unterbeamten der Finanzverwaltung muß ichsinnig etwas gesprochen; sie befinden sich vielfach in Not.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Beim Titel Allgemeiner Fonds wünscht Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (nall.) eine

Erhöhung der Veteranenbeihilfe.

Die letzte Erhöhung um 30 M. sei für die armen, flecken Veteranen nicht ausreichend. Die Bewilligung der Beihilfen müsse möglichst weitgehend erfolgen. Erhöhen wir die Veteranenbeihilfe auf 130 M.

Generalmajor Freiherr v. Langemann und Felencamp: Das Gesetz spricht nicht von Kombattanten und Nichtkombattanten, sondern von Kriegsteilnehmern, und das sind alle Personen des Unteroffiziers- und Mannschaftenstandes, die zu kriegerischen Zwecken die Grenze überschritten haben oder an sonstigen kriegerischen Operationen teilgenommen haben. Die Regierung hat Maßnahmen getroffen, daß Gärten ausgeglichen werden.

An der weiteren Debatte über diese Frage beteiligen sich die Abg. Baumann (Nrr.), Rupp (Nrr.), Bruchhoff (Nrr.), Vpt., Staatssekretär Kühn, Dr. Seldeneum (Soz.), Dr. Arendt (Nrr.), welche letzterer einen Ordnungsruf erhält.

Die Resolution wurde angenommen. Bei dem Titel Prägekosten wünscht Abg. Dr. Arendt (Nrr.) die Wiederaufprägung des Mannesberger Talers und bessere Ausgestaltung der Jubiläumsmünzen. Im

nächsten Jahre solle eine Bismard-Denkmünze geprägt werden.

Damit schließt die Debatte. Der Etat wird bewilligt. Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr. Anfragen. Kleine Vorlagen. Rechnungssachen. Etat für Kiautschau. — Schluß gegen 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drabbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.

Berlin, 23. März.

Am Ministertisch: Kommissare.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Zunächst wird die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die

Erweiterung des Stadtkreises Köln

und die Organisation der Amtsgerichte Köln und Mülheim am Rhein, fortgesetzt.

Der Gesetzentwurf wird nach kurzer Debatte der verstärkten Gemeindefunktion übergeben.

Es folgt die Beratung des Antrags Windler (konf.) und Genossen auf Einfügung eines Notparagraphe in das Staatsgesetz. Danach sollen die bis zur gesetzlichen Feststellung des Etats innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben nachträglich genehmigt werden. Der Antrag wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die

Novelle zum Fürsorgeerziehungs-gesetz.

Danach soll das bestehende Fürsorgeerziehungsgesetz dahin abgeändert werden, daß die Fürsorgeerziehung nicht erst dann erfolgt, wenn das Kind bereits verwahrloßt ist, sondern wenn es durch mangelhafte Erziehung durch den Vater in sittlicher Beziehung gefährdet ist. Ferner soll auf die Unterbringung der Jüglinge in Familien nach Möglichkeit Bedacht genommen werden.

Minister v. Dallwig: Der Zweck des Gesetzes geht dahin, bei der Fürsorgeerziehung der Verwahrlosung der Minderjährigen vorzubeugen, daß die durch den Instanzenzug der Armenverbände erwachsende Gefahr, daß aus den nur gefährdeten Kindern wirklich verwahrloste werden, verhindert wird. Bezüglich der Kostenpflicht der Armenverbände wird durch die neue Fassung des Gesetzes die Zweipflichtigkeit der Rechtsprechung des Kammer- und des Oberverwaltungsgerichts beseitigt.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs wird in kurzer Besprechung erledigt und sodann die Vorlage in zweiter Beratung ohne Debatte angenommen.

Hierauf wird eine Reihe kleinerer Etats ohne Debatte erledigt.

Beim Etat des Gesetzsammlungsamtes beantragt Abg. v. Strombeck (Zentr.), die Regierung zu erlauben, von solchen Gesetzen, deren Kenntnis für weite Kreise der Bevölkerung von Wichtigkeit ist, billige Volksausgaben zu veranstalten. — Der Antrag wird abgelehnt und der Etat angenommen.

Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bemerkt Präsident Graf Schwerin-Löwig: Es ist nicht üblich, bei der Beratung des Etats die auswärtigen Angelegenheiten zu besprechen, dagegen ist vor einiger Zeit im Senatskonvent vorgeschlagen worden, bei der ersten und dritten Beratung des Etats die auswärtigen Angelegenheiten zu erörtern. (Zustimmung.) Der Etat wird ohne Debatte angenommen.

Beim Etat der Zentralgenossenschaftskasse bemerkt Abg. Dr. v. Kries (konf.): Die preussische Zentralgenossenschaftskasse bewegt sich in aufsteigender Linie, die Geschäftsumsätze haben sich in den letzten Jahren bedeutend vermehrt. Die Kreditgewährung hat auch unter den schwierigsten Verhältnissen in ausreichender Weise stattgefunden, so daß wir unseren Dank für die sachgemäße Leitung des Instituts aussprechen können. Dem Bestreben weiter Kreise, das Genossenschaftswesen im Reich zu zentralisieren, können wir nicht zustimmen.

Unterstaatssekretär Michaelis: Die Befürchtungen, daß die preussische Zentralgenossenschaftskasse sich zu einer Reichsgenossenschaftskasse entwickeln könne, sind nicht richtig. Die Revision der Raiffeisenkassen in Ostpreußen hat ergeben, daß bei dieser Kasse eine Überspannung des Kreditstutages gefunden hat, was eine Gefahr für die wirtschaftliche Lage aller Genossenschaften bedeutet. Der neue Revisionsbescheid in Ostpreußen ist befreit, alles zu vermeiden, was zu einer Verschärfung des Kampfes zwischen den Genossenschaften führen kann. Wir tun alles, was möglich ist, um das Genossenschaftswesen zum Gedeihen zu bringen, und stehen dem Raiffeisenverbande durchaus freundlich gegenüber.

Abg. Dr. Grüger (Zentr.): Wir können es nicht billigen, daß die Zentralgenossenschaftskasse mit außerpreussischen, namentlich mit süddeutschen Genossenschaften in Verbindung tritt. Ebenfalls findet es unsere Zustimmung, daß der Raiffeisenkassen in Ostpreußen wegen Kreditüberspannung das Revisionsrecht entzogen werden soll.

Wir fordern, daß die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Genossenschaften erhalten bleibt.

Es ist auch keinwegs immer der Fall gewesen, daß da, wo die Preußenkasse eingegriffen hat, Verluste nicht vorgekommen sind. Wenn die Staatsregierung als Richter über die Genossenschaften auftreten würde, würde dadurch die Entwicklung des Genossenschaftswesens beeinträchtigt werden. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär Michaelis: Wir haben durchaus kein Bedenken gegen die privatkapitalistischen genossenschaftlichen Vereinigungen, wenn sie so gut fundiert sind, daß sie auch bei landwirtschaftlichen Notständen und politischen Gefahren ihre Leistungsfähigkeit behalten.

Abg. Schults (freil.): Der Staat darf sich nicht auf die Seite der einen oder der anderen Genossenschaft stellen, die Stellungnahme gegenüber der Raiffeisenkasse bedeutet aber geradezu eine Genossenschaft.

Abg. Dr. Fehde (Zentr.): Das Revisionsrecht muß in den Händen der Genossenschaften bleiben, damit ihr Verantwortlichkeitsgefühl gestärkt wird.

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Dr. Geilgenkötter: Mit der Liquidation der Reichsgenossenschaftskasse hat die Preußenkasse nichts zu tun, sie hat sie aber mit Rat und Tat unterstützt. Eine staatliche Aufsicht wird von der Preußenkasse über die Genossenschaften nicht in der Richtung geübt, daß eine Einwirkung auf die Organisation des Genossenschaftswesens erfolgt.

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

Anzeigenpreise:
Die Kolonelle in Wiesbaden 20 J.,
Deutschland 20 J., Ausland 40 J.,
Die Restameile 1.00 M.
Anzeigenannahme:
Für Abendausgabe bis 1 Uhr mittags,
Morgenausgabe bis 7 Uhr abends.
Herausgeber:
Inserate und Abonnement: Nr. 129,
Redaktion: Nr. 129; Verlag: Nr. 219.

152 Morgen-Ausgabe.

Dienstag, 24. März 1914.

68. Jahrgang.

Hiermit laden wir unsere Leser zur Erneuerung des Bezuges der Wiesbadener Zeitung für das nächste Vierteljahr ein.

Im Vertrauen auf die Kraft und die Zukunft

des deutschen Volkes wird die „Wiesbadener Zeitung“ auch weiterhin den Kampf gegen alles Unmensliche und Reichsfeindliche führen.

Hervorragende Mitarbeiter

aus den Kreisen der national-liberalen Abgeordneten, politische und volkswirtschaftliche Sachleute, Militärs, Kritiker und schaffende Schriftsteller, Kommunalpolitiker usw., die schon bisher in der „Wiesbadener Zeitung“ zu Worte kamen, werden auch in Zukunft die Leser über alles Wissenswerte unterrichten.

Die scharfen Angriffe

aus gegnerischen Lagern zeigen uns, wie sehr die Haltung der „Wiesbadener Zeitung“ allen Feinden deutscher Art und des Deutschen Reiches ein Dorn im Auge ist.

Die Stimmen aus dem Leserkreise

zeugen aber von einer erfreulichen Uebereinstimmung der Bezieher mit dem Inhalt und der Haltung der „Wiesbadener Zeitung“.

Um neue Bezieher zu werben,

stellen wir unseren Freunden gern Probenummern zur Verfügung. Wir bitten um die tätige Hilfe und erklären uns gern bereit, an uns aufgegebenen Adressen die Zeitung probeweise bis zum 1. April zu senden.

Man bestell die „Wiesbadener Zeitung“ (die Bezugsbedingungen sind am Kopf angegeben) bei allen Zeitungs-Verlegern, bei den Briefträgern, bei den Postämtern, unseren Agenturen, sowie in den Geschäften der Nikolaistraße 11 und Mauritiusstraße 12 in Wiesbaden.

Gestalten und Bilder aus dem Völkerrübling.

Nach Paris!

Es war am 23. März, des Jahres 1814. Das Hauptquartier der Verbündeten war in Pougny, einem Dorfe hart am linken Rheinufer, an der Straße nach Kreis-Weilbach gelegen. Kaiser, Könige, Fürsten und Prinzen versammelten auf einmal diesen elenden Flecken, wo es statt der Suppe eine Art Zwiebelmilch gab und alles höchst primitiv war. Am Abend dieses 23. März wurden in Pougny zwei französische Kuriere eingebracht, aus deren Briefschaften sich Napoleons neuester — sein letzter — Plan ergab. Er hatte sich zu dem Verzweiflungsschritte entschlossen, nach Osten abzumarschieren, um auf diese Weise die Verbündeten von ihrem Ziele, von Paris abzulenkten. Was? Eine Entscheidung mußte getroffen werden. Noch in der Nacht brach man in der Richtung auf Châlons auf. Man sah über Napoleons Stellung klar zu werden. Bald war es zweifellos, daß Napoleon zwischen der Blücher-Armee und der Hauptarmee bereits hindurchmarschiert war. In der großen Straße, die von Bar-le-Duc nach Paris führt, liegt eine kleine Festung, Vitry-le-François. Dort war der Zar vorausgeritten. Gestreckten Galoppes folgten ihm der König von Preußen mit seinen Prinzen und man fand ihn, wie Herr. Granier erzählt, auf einer Höhe rechts der großen Straße, noch etwa eine halbe Meile westlich der Festung mit Schwarzenberg und dem Generalstab bereits in Beratung. Der König stieg ab und trat hinzu, die Prinzen verblieben am Fuße der Höhe. Es war ein unglaublicher Moment, so berichtet ein Augenzeuger. Ueberall umher lagen die vom Nachtmarsche ermüdeten Truppen im Duvak. Nach und nach versammelten sich die höchsten Führer in der Nähe der Monarchen und sahen erwartend der Entscheidung entgegen. Man kann sich gar keinen Begriff von der Spannung machen, mit welcher die Blicke aller an dem kleinen Kreise hingen, in welchem — das fühlte jeder — das Schicksal Europas entschieden wurde. Man wollte aus den Gesichtszügen und Gebärden erkennen, was vorging, und gar ohne Rücksicht auf die verschiedenen Interessen bei diesem „Kriegsrat“ an

plein air“, wie Kaiser Wilhelm I. ihn mit Vorliebe zu nennen pflegte, auch wohl nicht abgegangen. Endlich trennten sich die Beratenden, aber mit gegenseitigen Händedrücken, und das schien allen ein gutes Zeichen. Der Kronprinz von Preußen und Prinz Wilhelm gingen auf den König zu; man hörte deutlich, wie sie eilig fragten: „Weißt du nach Paris?“, worauf der König erwiderte: „Naseweise Frage!“ Das klang freilich nicht gut, aber der König sah dabei doch so vergnügt aus und schmunzelte so freundlich, daß die Anwesenden nicht recht wußten, woran sie waren. Gleich darauf neigte sich der König zu seinen Söhnen und sagte etwas zu ihnen, worauf nun die Gefährten der Prinzen ebenfalls heiter wurden. Auch anderweitig hatte sich schon eine zufriedene und zuversichtliche Stimmung verbreitet, denn die Sehnsucht nach Paris erfüllte alle und bald fielen Worte, die keinen Zweifel mehr ließen. Ja, die Entscheidung war gefallen, und „Nach Paris!“ hieß die Lösung. Des großen Dramas letzte Szene hob an.

Russisches Neuland.

(Von unserem Korrespondenten.)

X Petersburg, 21. März.

Dem Reichsrat lag in diesen Tagen ein Gesetzentwurf über die Besiedelung der Hungersteppe in Turkestan vor, und wenn es sich dabei auf den ersten Blick nur um eine örtliche Angelegenheit Turkestans handelte, so wurde doch in der Debatte eine sehr wichtige Prinzipienfrage der russischen Kolonialpolitik überhaupt angeschnitten. Deshalb stiegen auch die Meinungen hart aufeinander. Die sachliche Frage, die dem Gesetzentwurf zugrunde liegt, ist einfach. Wer soll die Hungersteppe besiedeln? Dieses bei fast jedem gelegenen Gebiet, dessen bisherigen Charakter sein Name verrät, ist durch die bereits ziemlich weit vorgeschrittene Anlage eines großartigen Irrigationsystems im Begriff, der Kultur gewonnen zu werden. Hier handelt es sich um eine andere Aufgabe als in Sibirien; der Grundgedanke, der den staatlichen Rekolonisationsarbeiten in diesem Teil Turkestans zugrunde liegt, bezweckt nicht einfach die Erschließung eines Neulandes für den Menschenüberfluß aus dem europäischen Reichsteil, sondern es soll einem der zukunftsreichsten Zweige der russischen Volkswirtschaft Neuland erschlossen werden — der Baumwolle. Ihre Kultur ist in Mittelasien uralt und bereits jetzt ist sie imstande, die Hälfte des russischen Bedarfs an diesem Rohprodukt nach Moskau, dem großrussischen Textilzentrum, zu liefern. Das Interesse des russischen Staates für diese Kultur hat sich nur langsam entwickelt; nachdem ihre Bedeutung aber erkannt war, hat die Regierung sich bemüht, die Entwicklung zu fördern. Ein Hauptverdienst gebührt dabei dem gegenwärtigen Landwirtschaftsminister, der in seinem Gebiet schon viel Gutes geleistet hat und berufen scheint, in absehbarer Zeit in weiterem Kreise, als es sein bisheriges Arbeitsgebiet ermdachte, seine allgemeinpolitischen Fähigkeiten zu beweisen. Als Leiter der landwirtschaftlichen Kolonialpolitik Rußlands hat er schon jetzt Gelegenheit, jenseits der rein fachmännischen Tätigkeit allgemeinepolitische Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, und sie sind es, die im Mittelpunkt der Debatten um den obengenannten Gesetzentwurf standen und ihnen ihr weitreichendes Interesse geben.

Bisher beruht die Baumwollkultur Mittelasiens auf der asiatischen Bevölkerung, die darin eine Jahrhunderte alte Erfahrung besitzt; das bisher überhaupt nur schwach vertretene Element der russischen Bauernübersiedler ist an der Baumwollproduktion nur in verschwindendem Maße beteiligt. Die Erschließung neuer Anbauflächen und der Wille der Regierung, sie für die Baumwollkultur zu nutzen, fordert die Lösung der Besiedelungsfrage. Kame nur die Frage der Vermehrung und Verbesserung der Baumwollern in Betracht, dann läge der Gedanke nahe, diese Aufgabe den Sarten zu übertragen, deren nicht günstige Wirtschaftslage dadurch gehoben werden könnte. Es sprechen aber andere Dinge mit, in erster Linie, militärpolitische Gründe. Das mittelasienische Kolonialland soll mit russischem Element durchsetzt und dadurch allmählich in den Stand gesetzt werden, sich militärisch auf eigene Füße zu stellen, nicht wie bisher in seinem Soldatenschutz auf Rußland und Sibirien angewiesen zu sein. Diese Forderung scheint durchaus berechtigt. Nun taucht aber die Frage auf, die so selbst in Rußland bis heute noch nicht einheitlich beantwortet ist und die am besten den riesigen Abstand beleuchtet, der in unserer Zeit nationalen Ringens das bunte, bunte Rußland von den europäischen Staaten trennt, wobei selbst Österreich nicht auszuscheiden ist. Die Frage lautet: Wer ist Russe? Die am Ruder befindliche offizielle Anschauung sagt: Leute von „echt russischer Herkunft“, die der griechischen Kirche angehören. Die erste Bedingung hat bisher noch niemand rechtlich und wissenschaftlich klargestellt können, und es sind daraus wiederholt im öffentlichen, wie im privaten Leben Konflikte entstanden. In dem Gesetzentwurf für die Besiedelung der Hungersteppe faßt nun der Landwirtschaftsminister, dessen nationaler Geist sich darin ausdrückt, den Begriff in dem erwähnten Sinne, wobei er ihn gleichzeitig etwas verengt und erweitert, indem er zur Anstellung nur „Bauern“ und „Kleinbürger“, die sich selbstständig mit Ackerbau beschäftigen, berechnen will, aber auch den Kreis der Rechtgläubigen weiterzieht, indem mit besonderer Erlaubnis des Ministers den Altgläubigen und Sektanten

die Grenzen Turkestans geöffnet werden können. Nun ist zu bemerken, daß für den Augenblick auf Grund der Vermerke in den Pässen noch die alte Ständezugehörigkeit festzustellen ist, obwohl seit Einführung der Konstitution und der theoretischen Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz eine Ständegliederung auch in Rußland nicht mehr besteht. Für die Zukunft wird diese Scheidung noch weniger zu halten sein. Verständig ist es, daß man in diesem Gesetzentwurf endlich mit dem Boykott der Sektanten aufhört, der den russischen Staat schon so viel der besten Volkskräfte gekostet hat. Wer Gelegenheit gehabt hat, russische Sektantenkolonien zu sehen, der kann sich an ihnen besonders reich, der weiß, welches vorzügliche Kulturelement diese Überzeugungsstreben, nüchternen Bauern sind, die sich dank der Verbannung der Vergiftung durch das herrschende System entziehen haben. Dasselbe gilt für die Altgläubigen. Der Minister sah wohl ein, daß es ein gewisses Unterfangen wäre, die Zukunft der Baumwollkultur wie der turkestanischen Kolonie überhaupt allein auf den rechtgläubigen „echt-russischen“ Bauern und Kleinbürger zu stellen, die noch nirgends oder doch nur selten die positiven Eigenschaften gezeigt haben, die der Kulturträger nötig hat. In dieser Ueberzeugung ist die Duma bei Beratung des Gesetzentwurfs und auch der Reichsrat weitergegangen. Die Reichsduma wollte „allen russischen Unterthanen christlichen Glaubens ohne Rücksicht auf den Stand“ die Möglichkeit der Uebersiedelung eröffnen. Der Reichsrat folgte dem Vorschlag des Fürsten Obolenski, der sich die Fassung der Duma zu eigen gemacht hatte unter Weglassung der Worte „ohne Rücksicht auf den Stand“. Somit können an der Kulturarbeit in Turkestan, im besonderen auf dem Neuland der Hungersteppe, Deutsche, Polen und kaukasische christlichen Glaubens mitarbeiten, was der Sache nur förderlich sein kann. Mit der allmählichen Befreiung von der Baumwollkultur wird die russische Volkswirtschaft einen großen Vorzug vor allen anderen europäischen Ländern gewinnen.

Die Kämpfe in Südalbanien.

Aus Athen wird gemeldet:

An verschiedenen Punkten der epirotisch-albanischen Grenze fanden in den letzten Tagen Kämpfe zwischen albanischer Gendarmerie, die durch irreguläre Albaner verstärkt war, und epirotischen Aufständischen statt. Zuerst bei den Dörfern Salehi und Kriza nordöstlich von Leskovik (an der Südgrenze des neuen Albanien) mo das Misfick fünf

Die Machtfrage des chinesischen Präsidenten.

Aus Peking wird gemeldet: Der Entwurf der chinesischen Verfassung wurde von einer Spezialkommission vollendet. Die neue Verfassung räumt dem Präsidenten vollständige Machtvollkommenheiten ein. Sie gestattet ihm, unter Umständen selbstherrliche Gewalt anzuwenden. Er kann eigenmächtig Krieg erklären und Frieden schließen. In den Parliamentsferien kann er zeitweilige Gesetze erlassen. Es steht ihm zu, außergewöhnliche Maßnahmen zu ergreifen, die vom Parlament später bestätigt werden. Die Minister sind direkte Untergebene des Präsidenten.

Ein Staatsstreich Juanschikais.

Die aus Peking gemeldet wird, soll Juanschikai in den nächsten Tagen zum lebenslänglichen Präsidenten der chinesischen Republik mit unbeschränkter diktatorischer Vollmacht ernannt werden. Aus diesem Anlaß wird das kaiserliche Aufgebot verstärkt; die Zivilgouverneure durch militärische ersetzt.

Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so würde sie von großer Tragweite sein: Eine lebenslängliche Präsidentschaft Juanschikais könnte nicht anders aufgefahst werden, als daß China — wenn auch in verschleierter Form — zur monarchischen Regierungsform zurückkehrt. Ein gesetzlich unabsehbarer Präsident mit Diktatorgewalt ist nicht nur ein Herrscher, er ist sogar ein absoluter Herrscher. Es läßt sich natürlich nicht kontrollieren, ob die aus Petersburg kommende Meldung den Tatsachen entspricht; ein gewisses Mißtrauen ist immer geboten, da Rußland China gegenüber gewisse Tendenzen verfolgt und deshalb gerne bereit ist, das Reich der Mitte zu diskreditieren. Aber es läßt sich zum mindesten nicht leugnen, daß eine derartige Ranganhebung Juanschikais viel Wahrscheinlichkeit besitzt. Dieser politisch ziemlich skrupellose und maßlos ehrgeizige Mann wäre dann am Ziele seiner Wünsche angelangt. Ursprünglich das Werkzeug Englands, Amerikas und Japans, unter deren Einfluß die Revolution ausbrach und der Staatsstreich sich vollzog, hat sich Juanschikai bald zum selbstherrlichen Machthaber entwickelt. Soziale nach Abdankung der Mandchudynastie nahm er den Titel „Revolutionärer Organisator der Republik“ an und wurde nach dem Rücktritt Sunjatsiens von der Nationalversammlung am 15. Februar 1912 zum Präsidenten der Republik China gewählt. Tags darauf — ein charakteristischer symbolischer Akt — schritt sich der neue Präsident den Kopf ab! In seinem Amtseid versicherte Juanschikai, er werde sich treu bemühen, die Republik zu entwickeln, die Nachteile der absoluten Monarchie zu beseitigen, und wenn die Nationalversammlung einen dauernden Präsidenten ernennen sollte, zurücktreten. Nun scheint Juanschikai diesem Eide zum Trotz durch einen Staatsstreich sich zum alleinigen Herrscher in China aufzuschwingen zu wollen.

Kurze politische Nachrichten.

Der nationalliberale Frauenausschuss

hat an den Zentralvorstand der nationalliberalen Partei die Bitte gerichtet, folgende vier neue Punkte in das nationalliberale Parteiprogramm aufzunehmen: 1. Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die im Erwerbsleben stehenden Frauen zu den Berufsvertretungen (zum Beispiel Handelskammern, Kaufmannsgericht, Angelegenheitsversicherung). 2. Zulassung der Frauen als stimmberechtigte Mitglieder zu städtischen Kommissionen und Deputationen, ihre Verwendung im Dienste der Wohnungsinpektion, der Polizei und Schulgesundheitspflege. 3. Zulassung der Frauen als Schöffen bei den Jugendgerichten. 4. Zulassung des gemeinsamen Unterrichtes für Knaben und Mädchen in den Orten, in denen die Mädchen sonst keine Gelegenheit haben, sich zur Reifeprüfung vorzubereiten.

Die konservative Sammelpolitik.

In einer Magdeburger Versammlung nationalliberaler Wähler sprach der Abgeordnete Schiffer u. a. über die Sammelpolitik der konservativen Partei. Er erklärte u. a.:

„Wir treiben diese Sammelpolitik bei den Wahlen praktisch, indem wir uns gegen die Sozialdemokraten wenden. Aber das scheint den Konservativen nicht zu genügen, sie möchten etwas mehr Sammlung machen. Wir können auch da ein gewisses Entgegenkommen zeigen, natürlich, wenn wir uns etwas klarer über den Begriff der Sammlung find.“

Da bedürfte es aber „gerade auf konservativer Seite eines vollständigen Wechsels des Tons“. Solange die bisherige Art des Kampfes der Konservativen „nicht aufhört, solange werden wir nicht in der Lage sein, in die Hand einzufallen; so lange die andere Hand nicht weiß, was die erste Hand tut. Es handelt sich hier letzten Endes um einen Ehrenhandpunkt der Partei.“ Drei Punkte sind es, so erklärte Abg. Schiffer, die hier in Frage kommen:

„Der uns das nationale Bewusstsein abspriht oder anzeigt, greift uns an unsere politische Ehre; deshalb müssen wir das von vornherein zurückweisen. Zweitens müssen wir es zurückweisen, in unserer Glaubwürdigkeit über die Fortführung der Wirtschaftspolitik Zweifel setzen zu lassen. Drittens müssen wir uns aus Selbstachtung verbitten, daß andere Parteien in unsere Verhältnisse hineinreden und einzelne gegen uns auszuspielen versuchen. Das ist eine Ungehörigkeit, die unvereinbar ist mit dem Respekt, den eine Partei vor der anderen haben muß.“

Gründung einer deutsch-böhmischen Partei.

Im Reichstagsgebäude fand am Sonntag eine von etwa 200 Teilnehmern besuchte Vertrauensmännerversammlung der beiden Fraktionen Deutsche Reformpartei und Deutsch-sozialistische Partei statt, in der beschlossen wurde, die beiden getrennt bestehenden Fraktionen zu vereinigen unter dem Namen „Deutsch-böhmische Partei“. Zum ersten Vorsitzenden der neuen Partei wurde der frühere Reichstagsabgeordnete Amtsgerichtsrat Rattmann gewählt.

Neue Verhaftungen wegen Spionageverdachts.

In Prag wurde ein Müller namens Lid unter dem Verdachte der Spionage zuankunft Russlands verhaftet. Er hatte die Befestigungswerke von Prag photographisch aufgenommen. In Broda wurde der Sicherheitswachmann Nakonec ebenfalls unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Er soll seine Berichte nach Russland mit Hilfe russischer Postkassierer befördert haben. Wegen dieses Vorfalls hat sich die Postverwaltung Galiziens veranlaßt gesehen, einen Erlaß herauszugeben, der den Postkassierern verbietet, zwischen Broda und der Landesgrenze die Bahnwagen zu verlassen.

Die spanischen Senatswahlen.

Aus Madrid meldet man: Am Sonntag haben die Senatswahlen stattgefunden. Nach dem amtlich bekanntgegebenen Wahlergebnis haben erhalten: die Konservativen 62, die Liberalen 51, die Katholiken 10, darunter acht höhere Geistliche, die Regionalisten 6, die Republikaner 7, die Jaimisten 2 und die Integristen 2 Sitze.

Sechs neue serbische Eisenbahnlinien.

Man meldet aus Belgrad: Im Ministerrat wurde beschlossen, mit möglicher Beschleunigung den Bau folgender Eisenbahnlinien in den neuen und alten Gebieten Serbiens in Angriff zu nehmen:

1. Ueslüh-Tetovo-Gostivar-Ritschewo-Prilep-Monastir;
2. Merdare-Prizrend;
3. die Sandshafbahn Mitrowiza-Rasht-Kovibasar-Stenika-Prisloj-Ilvac;
4. Monastir-Prilep-Kawadar-Negotin-Graklo-Itip-Roshtane;
5. Pozarevac-Majdoo-Pek-Miloshewo-Kula-Shtinbit-Negotin-Prasovo;
6. Schitbit-Orza-Palanka, Bahnbrücke.

Die Kosten dieser Bahnbauten werden auf dreihundert Millionen Dinar veranschlagt und sollen durch eine Staatsanleihe aufgebracht werden. Die Erneuerung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Serbien erfolgt bekanntlich zunächst durch Ernennung von Geschäftsträgern. Zum türkischen Geschäftsträger in Belgrad wird der frühere Legationssekretär in Belgrad Gerard Bei, zum Geschäftsträger Serbiens in Konstantinopel Legationssekretär Milan Gjorgijewitsch ernannt. Der neu ernannte deutsche Konsul Graf Spee ist hier eingetroffen und hat die Geschäfte des Konsulats übernommen.

Landtagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

Abgeordnetenhaus.

h. Berlin, 23. März.

Am Ministertisch: Kommissare.

Als erster Gegenstand steht zur Beratung:

Erweiterung des Stadtkreises Köln. — 2. Tag.

Die Vorlage geht nach unwesentlicher Debatte an die verhärtete Gemeindevorstandskommission.

Es folgt der Antrag Winkler (kons.) über die Einfügung eines Notparagrafen in das Staatsgesetz. — Der Antrag wird der Budget-Kommission überwiesen.

Es folgt die

Novelle zum Fürsorgeerziehungsgesetz.

Minister des Innern von Dallwig: Der Entwurf will ein reicheres Eingreifen im Interesse der gefährdeten Kinder herbeiführen, Widersprüche in der Rechtsprechung beseitigen und eine Beschleunigung der Durchführung des Antrages auf Fürsorgeerziehung erzielen. Ich hoffe, daß der Entwurf auf allseitige Zustimmung zu rechnen haben wird.

Hierauf wird die

2. Lesung des Etats

fortgesetzt.

Der Etat des Staatsministeriums, der General-Ordenskommission und der Oberrechnungskammer werden ohne Erörterung angenommen. Ebenso der Etat der Gesandtschaft in Berlin.

Der Etat der auswärtigen Angelegenheiten wird nach kurzen Ausführungen des Abg. Wendlandt (natl.), der darüber klagt, daß an der preussisch-großhessischen Grenze ein Jagdvertrag vom Jahre 1868 nicht eingehalten wird, genehmigt.

Etat der preussischen Zentral-Genossenschaft.

Abg. Aries (kons.): Die Genossenschaftsdarfen dürfen nicht unter staatliche Revision gestellt werden. Nach unseren Wünschen soll die Zentralgenossenschaftskasse ein reichsfreundliches Institut bleiben.

Abg. Dertel (natl.): Es wäre vielleicht wünschenswert, zu erfahren, welcher Umfang die Preussenkasse mit Genossenschaften, mit Sparkassen und mit sonstigen Kassen gehabt hat und welcher Gewinn erzielt wurde. Auch wir wünschen nicht die Entwicklung der preussischen Zentralgenossenschaftskasse zu einer allgemeinen deutschen Reichsgenossenschaftskasse. Ich möchte wünschen, daß die Zentralgenossenschaftskasse ihre ablehnende Haltung gegen den Neuwieder Verband aufgibt. Dem Wunsche auf eine Verstaatlichung des Revisionsdienstes kann ich nicht beitreten. Die Verantwortungspflicht der Genossenschaften darf nicht illusorisch gemacht werden. Ich möchte bitten, uns das Ergebnis der Enquete über das Revisionswesen in Ostpreußen mitzuteilen. Ich kann es nicht für richtig halten, daß die Regierung zur Vornahme der Revision einen Mann entsandt hat, der zu der Zentralgenossenschaftskasse in Beziehungen steht. Alles, was sich meines Wissens in Ostpreußen herausgestellt hat, ist, daß eine einzelne Ostpreussische An- und Verkaufsgenossenschaft infolge Spekulation ihres Geschäftsleiters vor dem Zusammenbruch stand. Hierauf stellte der Oberpräsident von Ostpreußen den Antrag, der Revisionsorganisation in Ostpreußen das Revisionsrecht zu entziehen. Die Verbandsdirektion wurde zur Verbesserung aufgefordert und seit 5 Monaten wird die ministerielle Entscheidung erwartet. Ich bitte den Minister,

dem Genossenschaftswesen den Frieden wieder zu geben und die Neuwieder Organisation sich ausgedehnter entwickeln zu lassen. Eher als an eine Revision des Genossenschaftsgesetzes würde an eine Revision der preussischen Zentralgenossenschaftskasse zu denken sein, damit sie nicht durch ihre Uebermacht das freie Genossenschaftswesen bedrückt. (Beifall.)

Unterstaatssekretär Michaelis: Es ist völlig ausgeschlossen, daß aus dem rein bankmäßigen Verkehr mit unserer preussischen Genossenschaftskasse ein Reichsinstitut entsteht. Die Revision ist in Ostpreußen auf Antrag des Oberpräsidenten durch die Zentralgenossenschaftskasse verfügt worden, da die Revision des dortigen Revisionsverbandes nicht ausreichte. Unser einziges Ziel ist, daß das Genossenschaftswesen in Ostpreußen gedeiht.

Abg. Dr. Gräber-Dagen (fortsch. Sp.): Es ist dafür zu sorgen, daß die Rechte der Beamten in der Preussenkasse sichergestellt werden und daß Kündigungen ausgeschlossen sind. Auch ich warne davor, daß die Preussenkasse zu einer Reichskasse wird. Der Unterstaatssekretär spricht von Kreditüberwindung, aber wo kommt sie nicht vor?

Unterstaatssekretär Michaelis: Wenn in einer Reihe von Fällen Kreditüberwindungen vorliegen, dann liegt der Schluß nahe, daß der Revisionsverband auch in anderen Fällen nicht seine Pflicht getan hat. Bedächtig dieses Nichterfüllens der Pflicht war die Ursache, daß der Oberpräsident von Ostpreußen den Antrag auf Entziehung des Revisionsrechtes gestellt hat, aber nicht der Befund des Revisionsverbandes.

Abg. Schulz-Wallen (freikons.) bittet die Regierung, die Revisionen der Genossenschaften nach Möglichkeit zu fördern.

Abg. Rathbender (Str.): Das Revisionsrecht muß in den Händen der Genossenschaften bleiben. Schon um ihr Verantwortlichkeitsgefühl zu stärken.

Präsident der preussischen Zentralgenossenschaftskassen Dr. Heiligenstadt: Die Bemerkungen des Abg. Dr. Gräber brachten nichts Neues. Die Geschäftsführung der Zentralgenossenschaftskassen hat sich ständig in Qualität und Quantität verbessert. Wir wirken dort, wo man unsere Hilfe haben will, ohne Freundschaft oder Feindschaft. Wir wollen die Genossenschaften durch unser Vorgehen zu immer größerer Selbstständigkeit und Selbstverwaltung erziehen.

Abg. Brods (Str.) wünscht Förderung des rheinischen Genossenschaftswesens.

Abg. Hensel-Johannsburg (kons.) bestreitet, daß die Ostpreussischen Genossenschaften einen Grund zu dem Antrag des Oberpräsidenten gegeben hätten, ihnen das Revisionsrecht zu entziehen.

Unterstaatssekretär Michaelis: Die Aufgabe der staatlichen Kontrolle ist nicht, das Ergebnis der Genossenschaften zu Tage zu fördern, sondern die Wahrheit festzustellen.

Abg. Dr. Gräber-Dagen (fortsch. Sp.): Der Präsident der Genossenschaftskasse hat alles durcheinandergeworfen, ich konnte ihm daher in seinen Angriffen nicht folgen. Er sagt: Die Zentralgenossenschaftskassen hätten noch keine Verluste gehabt. Ich gratuliere. Ein Kreditinstitut ohne Verluste dürfte noch nicht dagewesen sein. Die Zentralgenossenschaftskassen haben sich gerade eine Verlustversicherung geschaffen. Verluste gehen a conto der einzelnen Genossenschaften. Der Wipfel war, daß der Präsident Schulz-Delblich nicht die Preussenkasse in Anspruch nahm. Früher lehnte man ihn ab. Eine solche Beendigung hat dieser wirklich nicht verdient. (Beifall links.)

Präsident Dr. Heiligenstadt: Das Verdienst von Schulz-Delblich habe ich auch anerkannt, für die Genossenschaften die adäquate Form gefunden zu haben, durch die es allein möglich gewesen ist, mit dem Genossenschaftswesen in Deutschland soweit zu kommen.

Abg. Brochhausen (kons.): Ich bitte die Regierung, im Bundesrat dahin zu wirken, daß eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes in absehbarer Zeit nicht eintritt.

Damit schließt die Besprechung. Der Etat wird genehmigt. — Dienstag 11 Uhr: Anstaltungsdenkschrift. — Schluß 5 Uhr.

Reichstagsverhandlungen.

(Telegraphischer Bericht der „Wiesbadener Zeitung“.)

h. Berlin, 23. März.

Präsident Dr. Kämpf teilt mit, daß der Herzog von Braunschweig für die Glückwünsche sich herzlich bedankt hat.

Das Gesetz, betr. die

Verlegung der deutsch-russischen Landesgrenze vom Memelstrom bis zum Bistekfluß wird angenommen.

Der Herrgott hatten die graue Tat gesehen. Deswillen forschte Kunigund emsiglich, sendete Späher aus und ging selbst, die Wahrheit zu erkunden. Und Zeichen fanden sich. Ein Hirtensknab hatte den Ritter Eibo gesehen, wie er auf heimlichen Pfaden hinab zum Rhein schlich und im Geäst der bei der Mordstelle stand ein rot-schwarz-gekleideter Mann, wie solche der Ritter von Röllchen auf seinem Varn zu tragen pflegte. Kein Anderer als Eibo war der Mörder. Dem Wahnwitz nahe, vor Verzeile schloß Kunigund sich in ihre Klemme, um Vergeltung zu erlangen, wie sie noch nie gekannt war. Und ließ voll Arglist den Ritter Eibo fänden, daß sie ein Ehebrecher werden wollte, hintermalen Burg Hoheneck des Herrn entbehre. Zum Stuhl hin lud sie ihn mit seiner Sippe und Eibo, in seines Vaters wildem Gedenke folgte frohlockend dem Rufe. In seltsamen Gewändern trug er den Weg nach Burg Hoheneck hinan, wo auf dem Söller die schöne Kunigund ihm grüßend winkte. Doch als er angekommen und lebend die Arme hob, da schwirrte ihm das Schwert, mit dem er den Mord an Heinz von Röllchen begangen, von der sicheren Hand der Jungfrau gelenkt, in die Brust. In seiner knappen Arme hauchte der Verräther die schwarze Seele aus. — Hat ihre Rache tat gefunden, die schöne Kunigund — in Klosterfrauen worden im Kloster Eibstraden, so sie jenseits des Tales erbaut. Der Herr Gott schenke ihr seinen Frieden.

Der Vorleser schwieg und legte das alte Manuskript wieder zusammen. In atemloser Spannung hatten die Zuhörer zugehört und gaben jetzt ihre lebhafteste Befriedigung über das Gehörte kund. Das Bild der schönen Kunigund hatte erhöhtes Interesse gewonnen und der immer zu Scherzen aufgelegte Schwärzer Darden meinte, zu Helene zu wenden:

„Nimm Dich in Acht, Helene, daß es Dir nicht so radeo wie Deinem Ebenbild ergreift — daß die Pfeile auf Deinen schönen Augen kein Unglück anrichten!“

„Das hat keine Not mehr!“ sagte ein anderer, der Schwärzer Friederich. „Helene hat schon ihren letzten Pfeil verschossen und damit einen Tauber mitten in das Herz getroffen!“

Alle brachen über das anzügliche Wortspiel in ein lautes Lachen aus und begannen das verlegene Gesicht Helene zu necken, bis Helene sich schließlich zu einem Geächznis bequimte. Wunkte sie doch, daß ihre Eltern nichts gegen ihre Wahl einzuwenden hätten. Mit härmlichem Jubel wurde die Neuigkeit aufgenommen. — Herr und Frau

Der Sturz von der Höhe.

Original-Erzählung von Fritz Rigel - Mainz.

(4. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Herr Althofer begann:

„Mit einer gar traurigen Mär, so dies Blättlein kündigt von der schönen Kunigund, dem Töchterlein des in Gott ruhenden Herrn Kuno, Ritter von Hoheneck, des letzten seines Stammes. Mit ein gewaltiger Rede gewesen, der Herr Kuno, der in manchen Schlachten Kaiser Heinrichs sich mit Ruhm und Ehren bedeckte, dabei ein wackerer Mann, kühn, von echt deutscher Sinnesart und tugendhaftem, gottgefälligem Wandel. Aber die Seinen prüft der Herr; so nahm er dem Ritter sein geliebtes Weib, des Pfalzgrafen Tochter, als Kunigund das Licht der Welt erblickte. Von Kind an gelehrt der Gram an dem Herzen Herrn Kuno, so daß er aller Fröhlichkeit der Welt abhold ward und einsam auf seiner Weite hauste. Seines Herzens einzig Balsam ist Kunigund gewesen, und hat er das Mägdlein nimmer von sich gelassen und daselbige auferzogen gleich einem Buben, also daß Kunigund in allen ritterlichen Künsten, als da sind: Fechten, Reiten, Bogenschießen usw., so erfahren ward, daß männlich sich darob verwunderte. Und als Herr Kuno sich zu seinen Vätern versammelte, hat die Jungfrau ihr Erbe verwalter gleich einem Mann. Furchtlos und unerschrocken, allezeit bereit, jedem Gegner Widerpart zu halten. Der Dreier lehrten gar viele ein auf Burg Hoheneck, von Kunigunds Liebreiz gefesselt; vor allen freudte der auf Burg Röllchen hausende Ritter Eibo, ihre Minne zu gewinnen, doch schied wie sie ihn ab, hintermalen der Eibo ein gar rauher wilder Geistes war, der mit Herrn Kuno von Hoheneck des Letzten in Freundschaft gelegen. Auch war das Herz des holdseligen Burgfräuleins gebunden an den Heinz von Röllchen, einen wohlgeachteten Jüngling von seinen Sitten. Den hatte sie zum Gemahl erlirrt. Der Röllcher Sebo brütete Rache und gedachte den Glücklichen schlimmen Tod anzutun. Eib wie ein grimmer Wolf Tag für Tag um Burg Hoheneck herum, bereit zu ruchlosem Begehen. Und es geschah, daß das Burgfräulein von Hoheneck aus den Bergen des Hundrüh, wo sie des edlen Waldwerks gewohnt, eines Tages mit ihrem Troß heimwärts ritt. Am Brunnen im Tale hielt sie Rast, um die Kasse zu tränken; dort lag die weise Eib, ein uralter Weib-

lein, so in den Sternen zu lesen verstand und das Schicksal der Sterblichen vorher zu künden wußte. Mit ihrem Steden grub die Seherin verworrene Kreise in den Sand, also daß die Jagdgenossen schon vor ihr zurückwichen und sich betäubten. Nur Kunigund sahte Mut und beehrte zu wissen, was in den Kriechen des Sandes zu lesen stand. Da erhob sich die Alte und verkündete mit hohler Stimme: Wahr den letzten Pfeil, so Du noch in Deinem Körper birgst — er wird das Herz des Mannes durchbohren, dem Deine Minne geblüht! Darob erschraf das Fräulein daß und gedachte dem Räte getreulich zu folgen, von den Unatüchtpfeil hervor, um ihn in Stücke zu brechen. In diesem Augenblick tönte der Schrei eines Hais (Habsicht) aus der Höhe; rasch entflohen legte Kunigund den Pfeil auf die Senne des Bogens und schnellte ihn dem geflügelten Räuber der Höhe in die Brust. Sie sah den Vogel flitzen und ritt getrübt von hinten, denn des Pfeiles war sie ledig. Aber das Schicksal geht verworrene Pfade. Nur kurze Frist war verronnen, als Eibo von Röllchen des Weges kam. Die schwarze Seele voll böser Gedanken hatte der Wahn im Walde auf der Fauer gelegen, doch waren die Jagdgenossen eines anderen Weges gezogen, also daß er unverrichteter Dinge heimwärts ziehen mußte. Am Wege lag der von Kunigunds Pfeil durchbohrte Hais; an dem in den Schatt gezeichneten Hohenecker Wappen erkannte Eibo den Pfeil und nahm ihn rasch an sich; vielleicht konnte das Geißel seinem Rachegefühle ein dienlich sein. Und kaum hatt' er den Pfeil in seinem Körper eingebracht, als im Fortte Puffschlag erklang und ein einzelner Reitermann des Weges kam — Herr Heinz von Röllchen. Der hatte sich auf der Pflanz veripäet. Des freute sich der Röllcher; im Gehele verborgen spannte er den Bogen und durchbohrte dem ahnungslosen Jüngling mit Kunigunds Pfeil das Herz. Und auf heimlichen Schleichwegen enteilte der Mörder auf seine jenseits des Rheines gelegene Burg.

Holzhauer haben den Leichnam des unglücklichen Heina von Röllchen gefunden, mit dem Todespfeil in der Brust. Sie brachten ihn nach Burg Hoheneck. Da zerraupte die schöne Kunigund in wildem Herzensammer ihr goldenes Haar und hat geschworen, die blutige Missetat zu rächen. Nur Eibo von Röllchen kommt der Mörder sein, hintermalen der edle Heinz seinen Feind im ganzen Gant hatte. — Eibo, dessen Hand sie verurteilt, der geschworen hatte, sie keinem anderen Mann zu eigen zu lassen. Aber sie hatte kein Zeugnis für seine Schuld. Nur die Bögeln des Waldes und

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags

Schaller-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Reinhold-Breit für beide Ausgaben: 70 Btg monatlich, Nr. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langenscheidt, 21, rue de Valenciennes, Nr. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, außerdem die Verlags- — **Reinhold-Breitungen** nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die **Reinhold'sche Buchhandlung**, 90, sowie die **Verlagsstellen** in allen Teilen der Stadt; in Siebzig; bei dertigen Buchhändlern und in den benachbarten Städten und im Rheingau die betreffenden **Leipziger-Kollegien**.



Einzigste Ausnahme: Für die Abend- und Nachtstunden

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Gunkelstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Hatzigen an vorgerichteten
Toren und Wänden nach folter Strafe übernommen

Nr. 140. • 62. Jahrgang.

Vinter den Kulissen des Miterdramas.

Ein gelegentlicher Mitarbeiter schreibt uns:
Während die Aufregung in der Homerulefrage und die Spannung im Ulsterdrama aufs höchste gestiegen ist, dürfte es an der Zeit sein, zur Steuer der Wahrheit und zur Klärung der Zeitgeschichte unbefangenen festzustellen, wer die Schuld an der jetzigen furchtbaren ernsten Lage in Irland trägt. Die Antwort muß lauten: Nicht die Homerule-Vorlage, nicht die Irländer, nicht die Londoner Regierung, auch nicht die „Ulsterleute“, sondern im letzten und eigentlichen Grunde muß die konservative Partei Großbritanniens der schweren Schuld geziehen werden, daß es soweit gekommen ist. Die konservative Partei Englands hat den traurigen Bürgerkonflikt erlitten, hervorgerufen und organisiert. Es fehlte ihr ja schon lange ein positiver Programmtrieb, mit dem sie der liberalen Regierung ein Bein stellen könnte. Die Tarifreform war ja ein blühendes Nährmichthaus geworden, als sie den Streitapfel in die Opposition selbst geworfen hatte. Da also der Stoff zu eigener positiver Politik fehlte, gingen die Konservativen dazu über, den Geist zu spielen, der stets verneint und stets das Böse will. Was lag näher, als die plötzlich auftretende Unzufriedenheit in Ulster mit der Homerule-Bill zu benutzen und zur Sand- habe für eine Aktion gegen das liberale Kabinett zu machen! Wäre heute der Rechtsanwalt Sir Edward Carson der „König von Ulster“, wenn er nicht zusammen mit dem jungen Mr. J. E. Smith, dem Erben des englischen Parlaments, von den Konservativen ausgeschiedet, finanziert und instruiert worden wäre, um den Ulsteranern einzutrichtern, daß Homerule die politische und religiöse Vergewaltigung des Ulsterlandes bedeutete und daß die Konservativen Englands sich als wahre Freunde Ulsters beweisen würden, wenn... Und bei diesem „Wenn“ kam der Pferdestich heraus: Wenn nämlich die Ulsteraner versprochen wollten, bis zum äußersten zu gehen und schließlich vor dem Bürgerkrieg nicht halt zu machen. Es bekannten die geheimnisvollen Waffentransporte konservativer Londoner Klubs nach Ulster, und diese Waffensendungen ließ man dann in voller Absicht von der irischen Polizei entdecken. Ganze Arsenalen wurden aufgefunden. Der konservativen Parteileitung kam es ja vor allem darauf an, die liberale Regierung zu einem scharfen Einschreiten zu veranlassen. Waren einmal Märtyrer geschaffen, so mußte ja der Donatismus der Ulsterleute zu hellen Klammern emporlodern. Die Regierung ging nicht auf diesen Reim. Sie stellte Herrn Carson wegen seiner fortgesetzten hochverräterischen Handlungen nicht vor die Richter. Sie ließ es ruhig zu, wenn er sich selbst einen Rebellen nannte und offen die Aufsehnung gegen Gesetz und Ordnung predigte. Sogar als die konservativen Drahtzieher ihren Haupttrumpf ausblieben und die „provisorische Regierung für Ulster“ ausriefen, blieb das Kabinett Asquith kühl und ruhig. Das mag für kontinentale Begriffe unverständlich und geradezu „holzeiwidrig“ sein, aber es ist echt englisch, und wenn die Londoner Regierung jetzt in der letzten Entscheidung Sieger bleibt, so verdankt sie es ihrer bisherigen Politik der Zurückhaltung, einer Politik, die erst dann zum letzten Mittel greift, wenn der Wille des Gegners gebrandmarkt ist und die öffentliche Ordnung wirklich gefährdet erscheint.

Auffallend ist, daß bei den neuesten Kämpfen um Home-rule und Ulster das Argument der „Frei-
reichung Irlands“ gar keine Rolle mehr spielt,
gar nicht mehr erwähnt wird. Besonders wird jetzt von
den konservativen Souffleuren lebhaft, daß das kün-
ftige irische Parlament mit seiner katholischen Majori-
tät die protestantische Minderheit in ihrer religiösen
Freiheit bedrängen werde. Diese Parole hat man sich
für den letzten heftigsten Kampf aufgeheftet. Aber
gerade dieser in anderen Ländern gefährliche Kampftritt
hat in Irland keinen Resonanzboden und ist weder mit
dem irischen Charakter noch mit der irischen Geschichte
jeit mehr als einem Jahrhundert vereinbar. So
paradox es scheinen mag, es ist doch die ganze volle
Wahrheit: Trotz der inbrünstigen Hingabe des irischen
Katholiken an seine Kirche fehlt ihm doch in politi-
schen Dingen jedes konfessionelle Empfinden! Das
hat zwei geschichtliche Ursachen. Einmal hat der
katholische Irländer, der viele Jahrhunderte hin-
durch wegen seines Glaubens verfolgt worden ist, in
der harten Schule des Unglücks die Sprache voller
religiöser Toleranz erlernt. Und zweitens sind
heute gerade protestantische Namen wie Crutten, Flood,
Plunket uhm. dem irischen Volke die teuersten. Wie
viele Protestanten haben die revolutionären Bewegun-
gen Irlands geführt, wie viele haben dafür den Tod
oder den Kerker erlitten: Lord Edward Brougham

Robert Emmett, in der neueren Geschichte Smith O'Brien, John Mitchel, John Martin und viele andere. Die moderne Homerule-Bewegung wurde von Hoof Vullt, einem Protestant, gegründet. Sein Nachfolger, William Shaw, war ebenfalls Protestant, und als dieser abgesetzt wurde, nahm Barnell, ein dritter Protestant, seine Stelle als Führer einer Partei ein, die zu drei Vierteln aus Katholiken besteht. Und weil dem so ist, weil der konfessionelle Brennstoff fehlt, glauben wir trotz allem nicht an einen großen, unaufhaltsamen und ununterdrückbaren Bürgerkrieg in England.

Die Debatte im Unterhause.

fen wollte, und sei wieder eingestellt worden, obwohl er bei seiner Erklärung blieb, daß er nicht gegen Mysterien kämpfen werde. (Lachen bei der Opposition.) — Die Debatte im Unterhause dauerte fast zwei Stunden. Während der ganzen Zeit war das Haus gedrängt voll und es herrschte eine große Erregung. Es kam zu mehreren Unterbrechungen, besonders während der Rede Asquiths. Ramsay MacDonald erklärte, wenn Gough nicht bereit sei, seine Pflicht zu tun, so sollte er auch nicht in der Armee bleiben. MacDonald warf ferner Bonar Law vor, er predige individualistische Lehren, welche einen Larkin ins Gefängnis bringen würden.

wh. London, 23. März. Das Kabinett beschäftigte sich in einer besonderen Sitzung heute früh mit der Lage in Ulster. Der Sekretär des Kriegsministeriums und General Baget, der Oberkommandierende der in Irland stehenden Truppen, wurden vom König in Audienz im Buckingham-Palast empfangen. — Eine Deputation von Offizieren der irischen Regimenter, die ihren Abschied nachgesucht haben, ist hier eingetroffen und hatte Vorredungen im Kriegsministerium. — Die Vorgänge in Ulster werden in London mit dem größten Interesse verfolgt. Vor den Ministern stehen große Menschenmassen, die lebhaft diskutieren. Die Ministerien selbst stehen unter starken militärischer Bewachung.

wh. London, 23. März. In der heutigen Sitzung des Oberhauses erklärte Lord Morley im Laufe der Debatte, Bough und die übrigen Offiziere seien mit Genehmigung des Königs angewiesen worden, sich wieder zu ihren Regimentern zu begeben.

Die rebellischen Offiziere in Irland.

wh. London, 24. März. Wie spät abends gemeldet wird, hat der Brigadegeneral Gough seine Demission, die er letzten Freitag eingereicht hatte, zurückgezogen. Er hat sich bereit erklärt, das Kommando der Kavalleriebrigade in Cunnagh zu übernehmen. — Man erklärt neuerdings, daß im Militärlager von Aldershot große Aufregung darüber herricht, daß 75 Prozent der Offiziere ihren festen Willen kundgegeben haben, gegen die Ulsterleute nicht vorzugehen, selbst wenn das Kriegsministerium einen strengen Befehl hierzu ergehen lassen sollte. Die Unionistenpartei hat die Absicht, eine Sammlung für diejenigen Offiziere zu veranstalten, die vom Kriegsministerium gezwungen würden, wegen ihrer Haltung in der Ulsterfrage ihre Demission zu geben.

Die Reise des Kaisers.

Der Aufenthalt in Wien.

wh. Wien, 23. März. Bei dem Besuche, welchen Herzog Ernst August von Cumberland dem Kaiser in Schönbrunn abstatte, war auch Kaiser Franz Joseph zugegen. Vor dem Frühstück empfing der Kaiser außer dem Grafen Tiszy noch den Herzog Peter Ferdinand, welchem er den Schwarzen Adlerorden überreichte. Ferner erschien zur Audienz der Bildhauer Professor Marshall, welcher dem Kaiser das Wachsnobell einer Blodette vorstellte, die der Magistrat Wiens zur Erinnerung an den Besuch des Kaisers im Rathause anfertigen läßt. Nach dem Frühstück begab sich der Kaiser in Begleitung des Generaladjutanten v. Thelus und zweier Flügeladjutanten nach dem Penzinger Schlosse des Herzogs von Cumberland, um dem Herzogspaar einen Besuch abzustatten. Der Besuch, der etwa eine Stunde dauerte, trug ein sehr herrliches Gepräge. Nach der Begrüßung und längerer Unterhaltung besichtigte der Kaiser die Sammlungen des Herzogs und nahm dann in dem Salon der Herzogin den Tee. Hierauf kehrte der Kaiser nach Schönbrunn zurück.

Die Weiterreise nach Venedig.

wh. Wien, 23. März. Kaiser Wilhelm hat um 5.40 Uhr vom k. k. Bahnhof die Weiterreise nach Venedig angetreten. Kaiser Franz Joseph gab ihm bis zum Bahnhof das Geleit. — Zum Abschied überreichte Kaiser Wilhelm dem deutschen Botschafter v. Tschirch auf dem Bahnhofe persönlich das Großkreuz zum Roten Adlerorden. Diese Auszeichnung ist wohl ein Zeichen ganz besonderer Anerkennung dafür, daß der Botschafter der Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn in stets unermüdlicher Hingebung seine verdienstvolle Thätigkeit widmet.

Die „Befräftigung des Dreibundes“.

wb. Wien, 23. März. Die „Wiener Abendpost“ schreibt:
Kaiser Wilhelm II. weiß heute zum Besuche seines erhabenen
Freundes und Bundesgenossen in den Mauern Wiens, freudig
begrüßt von der Bevölkerung der Reichshaupt- und Residenz-
stadt, die sich hierbei eines Herzens weih mit der Bevölkerung
des ganzen Reiches, denn die wiederholten Zusammenkünfte
der erlauchten kaiserlichen Freunde werden allgemein g wür-
digt als kostbare Befestigung und weithin sichtbares Symbol
des die beiden Reiche verbindenden festen reichen
Bündnisses, das in diesem Herbst das 35. Jahr seines

* Jetzt erst beginnt die „politische Arbeit“ der Welfen? Gestern Abend fand in Hannover aus Anlaß der Geburt des Erbprinzen von Braunschweig ein Festkommers statt, der von der Deutsch-Hannoverschen Partei veranstaltet worden war. Trotzdem einleitend betont wurde, daß das Fest lediglich den Charakter eines Familienfestes tragen sollte, wurden doch — so wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet — die neuen politischen Hoffnungen der Welfen recht kräftig zum Ausdruck gebracht. Redakteur Langewiesche knüpfte an die Geburt des Welfenprinzen die Hoffnung, daß man den jungen Prinzen einst auf dem hannoverschen Thron sehen möge. Es sei gesagt worden, daß man den Herzog von Braunschweig nicht in die politische Debatte ziehen sollte, doch könne man ruhig sagen, daß der Prinz zum Segen Hannovers heranwachsen möge. Jetzt erst beginne die politische Arbeit. Die Worte des Herzogs seien verdreht und gegen die Welfen angewandt worden. Die welfischen Scharen müßten wachsen, damit dem Fürstenhaus eine beachtenswerte Macht zur Seite stünde. Der Redner kündigte an, daß die Herzogin von Cumberland in nächster Woche ihren Einzug in Braunschweig halten würde. An den Herzog wurde ein Glückwunschtelegramm abgesandt.

* Zum Fall Poljakow. Das russische Ministerium des Äußeren hat nach einer Meldung aus Petersburg sehr energische Schritte bei der deutschen Regierung wegen der Festnahme des Marineoffiziers Poljakow eingeleitet. — Gestern vormittag wollte eine Kommission des preussischen Justizministeriums im Strafgerichtshaus auf dem Appellhofplatz in Köln zum Zweck der Untersuchung der Verhaftung des russischen Kapitäns Poljakow.

* Der Fall Hamm. Das Oberlandesgericht in Düsseldorf hat gestern die Beschwerde des Landgerichts Elberfeld gegen die Wiederaufnahme in Sachen der Witwe Hamm und gegen deren Freilassung verworfen, so daß in einigen Wochen die unglückliche Frau Hamm vor den Geschworenen stehen wird.

* Ein Mauererknall in Köln. Die an den Arbeiten für die Uferbefestigung der neuen Rheinbrücke in Köln a. Rh. beschäftigten Mauerer und Hilfsarbeiter sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten.

Rechtspflege und Verwaltung.

22. Deutscher Anwaltsstag. Im September 1915 wird der 22. Deutsche Anwaltsstag in Frankfurt a. M. zusammentreten.

Heer und Flotte.

Der Kronprinz im Großen Generalstab. Der Kronprinz nimmt von übermorgen ab an einer Übungsreise des Großen Generalstabs teil.

* General v. Deimling. Die Ernennung des kommandierenden Generals in Straßburg zum General der Infanterie ist, wie wir erfahren, der Vorläufer der Versetzung des Generals.

Der neue katholische Feldprediger Dr. Heinrich Jöppgen wurde am Sonntag in der neuen katholischen Garnisonkirche St. Johannes in der Rehmstraße in sein Amt eingeführt. Unter den Anwesenden sah man den Kriegsminister von Falkenhayn, den Minister des Innern v. Dellwisch, den kommandierenden General des Gardekorps v. Klettenberg, den Kommandanten von Berlin Generalleutnant v. Bonin und zahlreiche höhere Offiziere der Gardebrigaden. Bei der bischöflichen Weihe waren als Konsekrator tätig: der Erzbischof von Köln, Dr. v. Hartmann, unter Assistenz des Bischofs von Münster, Dr. Woggenburg, und des Weihbischofs von Breslau, Dr. Augustin.

Die Inhaber des Eisernen Kreuzes. Nach den von der Generalordenskommission geführten Listen leben zurzeit noch 800 Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse und 29 567 Inhaber der 2. Klasse.

Ein Überfall auf einen Militärposten in Schlesien. In Hirschberg in Schlesien wurde gestern auf einen Militärposten am Bruchhaus von drei Männern ein Anschlag verübt. Der Posten, der mehrere Schüsse abgab, hat anscheinend niemand getroffen. Die unbekannten Täter sind entkommen.

Frühjahrübungen der Hochseeflotte. Die Hochseeflotte hat, mit Ausnahme des zweiten Geschwaders, den Hafen von Wilhelmshaven verlassen, um ihre Frühjahrübungen abzuhalten.

Post und Eisenbahn.

Bestellung von Briefen mit Zustellungsurkunden. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Anweisung über das Verfahren, betreffend die postamtliche Bestellung von Briefen mit Zustellungsurkunden, gültig ab 1. April d. J.

Deutsche Schutzgebiete.

Zum niedergelegenen Aufbruch in Neukamerun. Unter dem Anschein, als ob es sich um Vorfälle neuen Datums handle, berichtet das Generalbureau aus Antwerpen über Vorgänge, die längere Zeit zurückliegen und bekannt sind, wie folgt: Aus dem Kongo dort eingetroffene Reisende berichten von einem ausgebreiteten Aufstand in dem von Frankreich an Deutschland abgetretenen Gebiete Neukamerun. Ein großer Teil des Kabulakammas, eines der mächtigsten und kriegerischsten Stämme, hätte sich erhoben und den Versuch gemacht, die deutsche Herrschaft abzuschütteln. Der deutsche Gouverneur habe eine Strafexpedition unter Führung des Leutnants v. Naden (der bekanntlich bei diesem Kampfe gefallen ist, s. Schriftl.) abgesandt, dem es nach vielen schweren Kämpfen gelungen sei, die Aufstandsbewegung niederzuschlagen und die feindlichen Stämme zu zerstreuen. Auf Seiten der Aufständischen seien etwa 150 Krieger gefallen.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die Notantenne. Wien, 23. März. Die morgige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, durch die die Regierung ermächtigt wird, den Betrag von 375 Millionen Kronen durch eine Kreditoperation zu beschaffen.

Frankreich.

Der Dank des Kaisers. Paris, 23. März. Der deutsche Botschafter in Paris, Fürst v. Schoen, hat dem Präsidenten Poincaré sowie der französischen Regierung den Dank des Kaisers für die Glückwünsche zur Geburt des Erbprinzen von Braunschweig übermittelt.

Eine Kabinetskrise? Paris, 24. März. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Demission des Ministers Doumergue, die wir bereits gestern Abend unter allem Vorbehalt widergaben, lauten heute abermals in äußerst hartnäckiger Form auf. Sie gewinnen entschieden dadurch an Boden, daß keinerlei offizielle Dementis

dagegen veröffentlicht werden. Der Grund für eine neue Krise wäre darin zu suchen, daß tatsächlich durch das Ausscheiden von Caillaux und Monis dem Kabinett Doumergue der rein radikal-sozialistische Charakter, den es bisher hatte, genommen worden ist. Wie aus glaubwürdiger Quelle berichtet wird, fand gestern Abend eine längere Ministerkonferenz statt, die jedoch kein entscheidendes Resultat ergeben haben soll. Jedenfalls kann man den Gedanken einer Demission des Kabinetts nicht von der Hand weisen. Als mutmaßlicher Nachfolger Doumergues gilt allgemein Delcassé. Doch ist auch dies nur Vermutung. Die Regierung hat ihrerseits verstanden lassen, daß sie nicht die Absicht habe, den Endtermin der Wahlen, der auf den 26. April festgesetzt ist, zu verschieben.

Richterliche Befugnisse für die Rochette-Kommission. Paris, 23. März. Die Kammer nahm die Vorlage, betr. Erteilung richterlicher Befugnisse an den Rochette-Ausschuß, in der Senatsfassung an. Jaurès bezieht sich im Laufe der Beratung vor, erforderlichen Falles eine Ausdehnung der Vollmachten zu verlangen.

Die Konfrontation Caillaux' mit Fabre. Paris, 23. März. Die Konfrontation Caillaux' mit dem Generalstaatsanwalt Fabre gestaltete sich sehr lebhaft, hat aber bisher kein Resultat ergeben. Es gelang Caillaux nur, den Generalstaatsanwalt zu dem Geständnis zu bringen, daß das Protokoll über seine Unterredung mit Monis nicht am Abend dieser Unterredung selbst, sondern erst eine Woche später von ihm verfaßt worden sei. Es ergab sich weiter, daß Fabre nicht ganz sicher ist, in welcher Reihenfolge sich die Intervention des Herrn Caillaux' und des Herrn Monis sowie des Rechtsanwalts Bernard in der Rochette-Affäre abgehandelt hat. Es erscheint als möglich, daß die Vertagung des Prozeßes bereits beschlossen war, als sich Caillaux bei Monis über die Möglichkeit der Vertagung erkundigte. Die Kommission vertagte sich dann auf nachmittags 5 Uhr, um eine neue Konfrontation in Gegenwart des Rechtsanwalts Bernard vorzunehmen. — In der Nachmittags-Sitzung sagte Briand u. a., wenn er nicht früher Entschlüsse gemacht habe, so sei es geschehen, weil er sich des seinen Händen anvertrauten Dokuments nicht bedienen wollte, um einen Standpunkt herauszugeben, der politische Gegner zu treffen bestimmt war. Die Unterredung mit dem Oberstaatsanwalt Fabre schilderte Briand ebenso wie dieser. Von dem ihm durch Fabre übergebenen Schriftstück habe er seinen Kollegen im Ministerium Mitteilung gemacht; dann habe er das Schriftstück in einen verschlossenen Umschlag getan und es dem Personaldirektor übergeben. Es sei kein amtliches Schriftstück gewesen: er hätte den Eindruck gehabt, als ob ihm Fabre, nur um sich zu sichern, nur eine Kopie des Schriftstücks übergeben habe. Als er, Briand, später Ministerpräsident geworden sei und das Justizministerium verlassen habe, habe er das Schriftstück seinem Nachfolger, Barthou, übergeben und dann nicht mehr davon sprechen hören. In der morgigen Sitzung wird Barthou vernommen.

Die Untersuchung gegen Frau Caillaux. Paris, 24. März. Im weiteren Verlauf der Untersuchung wurden gestern Abend noch der Komponist Delara und die Prinzessin Desirade vernommen, die bis vor kurzem beim „Figaro“ den mondänen Teil bearbeitet hat. Die Prinzessin, die eine intime Freundin von Frau Caillaux ist, soll dieser mitgeteilt haben, daß Calmette beabsichtige, Privatbriefe zu veröffentlichen, die an sie gerichtet waren. In der Tat sagte Delara aus, daß die Prinzessin Desirade beim Dejeuner bei der Fürstin von Monaco, die sich in Paris aufhält und gleichfalls als Zeugin vernommen werden kann, erzählt habe, Calmette habe 30 000 Franken geboten für die Beschaffung von Privatbriefen, die Caillaux an seine jetzige Frau vor ihrer Verheiratung geschrieben habe.

England.

Das Flottengesetz angenommen. London, 23. März. Das Unterhaus hat die Effektivstärke der Flotte, so wie sie im Etat festgesetzt war, angenommen.

Rußland.

Die Russifizierung Polens. Wilna, 24. März. Die russische Regierung hat für das gesamte Gouvernement Wilna die Entfernung der Geschäftsschilder in polnischer Sprache angeordnet. Kaufleute, die sich weigerten, entfernte die Polizei die Schilder gewaltsam.

Die Warschauer Demonstranten unter Anklage. Warschau, 24. März. Die Teilnehmer an den Demonstrationen vor dem deutschen Konsulat sind wegen Beleidigung des Vertreters einer fremden Macht und Friedensstörung unter Anklage gestellt. Die Strafe für diese Delikte schwankt zwischen 14 und 3 Jahren Zerstörung.

Ein Kanonenboot gescheitert. Petersburg, 23. März. Bei Lela im nordwestlichen Norwegen ist das russische Kanonenboot „Dajak“ auf eine Klippe gerannt. Da eine heftige See ist, ist die Lage des Schiffes sehr gefährlich. Bisher sind vergeblich Versuche gemacht, um die Besatzung zu retten.

Türkei.

Eine deutsche Zeitung in Konstantinopel suspendiert. Konstantinopel, 23. März. Wegen Veröffentlichung von militärischen Nachrichten wurde die deutsche Zeitung des Osmanischen Kloyd auf zwei Tage suspendiert.

Vereinigte Staaten.

Abverkauf eines Großkampfschiffes. Camden (New Jersey), 23. März. Das amerikanische Kriegsschiff „Okechoma“, eines der mächtigsten der amerikanischen Kriegsmarine, ist heute glücklich vom Stapel gelaufen.

Eine schwere Ausschüttung Streifen. New York, 24. März. In Buffalo griffen etwa 700 Streikende einen Bahnzug der Arbeiter an die Arbeitsstelle befördernde, mit Steinen und Gewehrfeuer an. Defektive entzündeten das Feuer. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und viele verwundet.

Mexiko.

Die Entscheidungsschlacht bei Torreón. New York, 23. März. Nach einem Telegramm aus Mexiko erklärt das dortige Kriegsministerium, daß bei Torreón die Entscheidungsschlacht geschlagen werden würde. — Wie bekanntgegeben, ist Tlahualila in der Nähe von Torreón als neutrale Zone für die Ausländer gewählt worden.

Südamerika.

Generalkrieg in Peru. Lima, 23. März. Hier ist der Generalkrieg erklärt worden. Handel und Verkehr ruhen.

Japan.

Die Parlaments- und Ministerkrise. Tokio, 23. März. Das Parlament hat das Budget nicht angenommen; infolge der Meinungsverschiedenheiten beider Kammern hinsichtlich der Einschränkung des Flottenprogramms hat das Kabinett beschlossen, zurückzutreten. Ein kaiserlicher Erlass ordnet die Vertagung des Reichstages vom 25. März ab an. Dies ist gleichbedeutend mit einer Auflösung desselben; wenn kein weiterer Erlass die Session verlängert, findet das Budget von 1913/14 auf das für 1914/15 Anwendung. Die Marine wird 6 1/2 Millionen Pfund Sterling verlieren, die in diesem Jahre im Etat für sie eingelegt worden waren.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Veränderungen im Stadtrat. Wie verlautet, soll der Magistrat um ein Mitglied verstärkt werden. Als Magistratsmitglieder sind die Stadtverordneten Ochs und Glücklich in Aussicht genommen.

— Geschworenenauslosung. Bei Gelegenheit der heute vormittag im Schwurgerichtshaus vorgenommenen Auslosung der Geschworenen für die nächste, am Montag, den 20. April, ihren Anfang nehmende Schwurgerichtssitzung wurden die folgenden Namen aus der Urne gezogen: Kaisermeister Wilhelm Löser (St. Goarshausen), Betriebsdirektor Franz Klein (Niederlahnstein), Profurist Emil Kramer (Wiebich), Kaufmann Adolf Hermann (Wiebich), Bergwerksdirektor Heinrich Brunnbaum (Wraubach), Ziegeleibesitzer Aug. Bebel (Wiesbaden), Kaufmann Karl Bacharach (Wiesbaden), Landwirt und Bürgermeister Johannes Reil (Gleeburg), Landmann Theodor Maus (Niederwallmenach), Landwirt Wilhelm Sorg (Westerfeld), Kellermeister August Bachem (Hochheim), Bürgermeister Hermann Schmidt (Caub), Kreisforstinspektorenmeister Philipp Georg (St. Goarshausen), Bauunternehmer Joseph Stumm (Lamberg), Ingenieur Alfred Dickerhoff (Wiebich), Landwirt Jakob Engel (Unterleibach), Weinhandler Karl Wilsch. Wagner (Sonnenberg), Oberst z. D. Christoph Richard (Wiesbaden), Schreinermeister Karl Georg Schipp (Wiebich), Landdirektor Professor Dr. Hermann Bauer (Wiesbaden), Zimmermeister Philipp Jakob Sauer (Gronberg), Kaufmann Fritz Reuter (Willingen), Fabrikbesitzer Jakob Klein (Johannisberg), Schreinermeister Philipp Schneider (Wehen), Rentner Christian Sager (Wiesbaden), Kreisaußerschulz August Weibich (St. Goarshausen), Buchhändler Joseph Meniges (Oberlahnstein), Chemiker Dr. Oskar Jonas (Griesheim), Inspektor Karl Sittig (Wiebich) und Kaufmann Hermann Baum (Wiesbaden). — Die heute für die nächste Tagung des Schwurgerichts drei Sachen spruchreif, darunter die Anklage wider den Arbeiter Schieker von Wiebich wegen versuchten Gattenmordes. Der Mann hat eines Abends seine von ihm getrennte Lebensfrau, welche ihm längst geworden war, in der Absicht, sie ums Leben zu bringen, in der Nähe des Zollgebäudes in Wiebich in den Rhein gestoßen. Nur durch das zufällige Herzukommen dritter Personen wurde sie gerettet.

— Eine große Modenschau in Wiesbaden. Wie wir erfahren, schweben hier Verhandlungen zwecks Abhaltung einer großen Modenschau, die dem hiesigen Publikum etwas völlig Neues bieten soll. Es handelt sich um eine Anzahl erster hiesiger Firmen, die zur Kleidung von Modellen und Ausgestaltung der Umgebung ihre stilvollsten Artikel zur Verfügung stellen. Die Modenschau, die von einer Kunst- und Theatergesellschaft organisiert wird, soll im ersten, größten und eleganten Saal des hiesigen Stadt als eine durchaus mondäne und großzügige Veranstaltung abgehalten werden. Voraussichtlich wird ein „Five o'clock tea“ geplant, an den sich künstlerische Darbietungen erster Kräfte anschließen. Der ganze Saal usw. wird dekoriert und erste Modenschauinspielerinnen schweben in den neuesten Schöpfungen der Mode an dem Publikum vorüber. Bei diesen Toiletten soll nur auf hohelegante Ausführung und letzte Neuheiten gesehen werden. Außerdem werden im künstlerischen Teil als Sensation Tanzdarbietungen, u. a. der edle, wellpreisgekrönte Tango und „der Tanz des Papies“, die „Jurlana“, durch ein erstes preisgekröntes Tanzkünstlerpaar durchgeführt werden.

— Bitte für die Jungdeutschlandgruppe. Der Generalfeldmarschall Freiherr v. d. Golz, Vorsitzender des Bundes „Jungdeutschland“, ist mit folgender Bitte an die Öffentlichkeit getreten: „Alle aktiven und ehemaligen Offiziere sowie die Herren des Beurteilungshandels werden gebeten, die in ihrem Besitz befindlichen Generalstabskarten, die für sie durch Vererbung, Verabschiedung oder sonst aus irgend einem Grunde wertlos geworden sind, an die in ihrem Ort befindlichen Jungdeutschlandgruppen unentgeltlich abzugeben.“ Für Wiesbaden ist der Bezirkskommandeur, Oberst z. D. Rott, Vorsitzender der Ortsgruppe, und bittet, die entsprechenden Karten an das Bezirkskommando, Vertriebsstrasse, senden zu wollen. Die über den Bereich der Umgebung der Ortsgruppe hinausgehenden Karten werden von der Ortsgruppe an die Bundesleitung nach Charlottenburg geschickt, wo sie fortgesetzt und den entsprechenden Ortsgruppen zugefand werden. Die Karten von Wiesbaden und Umgebung werden auf die Vereine Wiesbadens verteilt, die dem Jungdeutschlandbund angehören. Wenn auch andere Kartenbesitzer sich anschließen, wenn ferner außer den Karten noch entbehrlich gewordene Bücher für die Jungdeutschlandbüchereien oder Bilder für die Ausschmückung der vorhandenen oder noch entstehenden Jugendheime und Wanderherbergen zugefand werden, so steht dem durchaus nichts entgegen.

— Gerichtliche Immobilienversteigerungen. Vor dem hiesigen Amtsgericht erfolgte gestern die Auktion von einem Reuteil Anteil an drei Aedern in den Distrikten „Dreiweiden“ und „Röbern“ hiesiger Gemarkung. Die Ader sind selbstgeschätzt geschätzt zu 100, resp. 200 M., die Aute, von der Steuerbehörde zu 47 500 und 30 800 M. Das höchste Gebot mit 7000 M. legte der Privatmann Karl Berner ein, welchem von einer bestehenden Hypothek in Höhe von 11 000 M., 200 M. abgetreten worden waren. Rechte bleiben nicht bestehen. — Auf Grund der in einem früheren Termin abgegebenen Gebote wurde vom Königl. Amtsgericht der Zuschlag erteilt der Landesversicherungsanstalt für Hessen-Kassel auf Kasse für: 1. das Haus Wiesenstraße 3 in der Wiebicher Waldstraßensiedlung. Das Gebot belief sich auf 2035 M. 3 Pf., die Hypothek der Landesversicherungsanstalt auf 2830 M., die bestehenden Rechte umfassen den Betrag von 22 522 M. 17 Pf. Die Tage belief sich auf 20 180 M. 2. Das Haus Wiesenstraße 15, Gebot der Versicherungsanstalt 2625 M. 63 Pf.

die Hypothek belief sich auf 1610 M., die Tage der Steuerbehörde auf 34 000 M., die Tage des Ortsgerichts auf 23 800 M., die bestehende Hypothek auf 24 167 M. 48 Pf. 3. Das Haus Niedstraße 17, Gebot der Erbschneider 2563 M. 67 Pf., bestehende Hypothek 23 476 M. 23 Pf., Tage der Steuerbehörde 33 000 M., des Ortsgerichts 23 900 M. 4. Niedstraße 19, Gebot der Versteigerungsanstalt 364 M. 66 Pf., Tage der Steuerbehörde 48 500 M., des Ortsgerichts 31 640 M.

— Eine empfindliche Verkehrshinderung entstand heute vormittag gegen 7½ Uhr in der Wilhelmstraße dadurch, daß ein Wagen der elektrischen Straßenbahn aus dem Geleise sprang und es längere Zeit dauerte, ihn wieder flott zu machen.

— Schaufensterbruch. In der vergangenen Nacht wurde der Schaufenster eines erst kürzlich eröffneten Schmuckwarengeschäfts in der Wilhelmstraße durch Zertrümmern der Scheibe zerbrochen und daraus Granatgegenstände im Gesamtwert von etwa 800 M. gestohlen, u. a. 26 Damenringe, 12 Paar Manschettenknöpfe, 8 bis 10 Broschen, 16 Vorhemdenknöpfe und etwa 10 Paar Ohrringe. Nach dem am Tatort aufgefundenen Auspuzer dürfte sich der Täter beim Zerbrechen der Scheibe nicht unerhebliche Verletzungen an einer Hand zugezogen haben. Mitteilungen über den Täter oder den Verbleib der gestohlenen Schmuckgegenstände erbittet man nach Zimmer 18 der Königl. Polizeidirektion.

— Personal-Nachrichten. Der Generalintendant der Königl. Schauspiele, Graf Hülken-Häferle, ist hier eingetroffen und im „Hotel Hohenzollern“ abgestiegen. — Der Architekt Dr. Schubert wird zum 1. April d. J. von Düsseldorf an das Staatsarchiv Wiesbaden versetzt.

— Fremdenverkehr. Der Generalinspektor der 2. Armeeinspektion, früherer Kriegsminister v. Heeringen, trifft am 8. April an längerem Kuraufenthalte hier ein.

— Konfurs. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Karl Krabach, Inhabers einer chemischen Fabrik und Wafanfabrik, ist nachdem der Zwangsvergleich bestätigt ist, aufgehoben, ebenso das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Titania, Maschinen-Industrie-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins.

— Strafbefehle sind erlassen gegen den Alfred Emil Bröger, geb. 16. September oder 16. Dezember 1888 zu Geisig-Blasow, zuletzt wohnhaft in Mainz, wegen Urkundenfälschung und den Hausbesuchen und Fürsorgezögling Emil Eberle, geb. 24. Dezember 1896 zu Wiesbaden, wegen Diebstahls usw.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— Musiktheater. Als nächste Operettenaufführung am Donnerstag dieser Woche bietet das Ensemble des Danauer Stadttheaters eine der schönsten Werke Leo Fall's: „Der liebe Augustin“. Die Titelrolle liegt in den Händen des hier bereits belächelten Herrn Dietel, die Partie der Prinzessin Helene bringt Frau Kraus, Hr. Trauer gibt die „Anna“ und Herr Baumbach den „Fürst Bogumil“. Spielleiter ist Direktor Steffler.

— Konzert. Das Spangenbergische Konservatorium veranstaltet morgen Mittwoch, nachmittags um 5 Uhr, im kleinen Saal der „Wartburg“ eine Vortragsübung von Schülern und Schülerinnen der Mittel- und Oberklassen. Vertreten sind die Musikklassen von Hr. E. Schillowski, Herrn E. Garmisch und Direktor Z. Spangenberg, sowie die Violinklassen der Herren S. Jäger, städtischer Kapellmeister, und H. Rosal, Königl. Konzertmeister. Eintritt frei.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

— „Meine Dienstadt in der Fremdenlegation“. Unter diesem Titel wird heute Dienstag der Schriftsteller und Reisende Albert Wohlgegend einen Vortrag in der Ortsgruppe Wiesbaden des „Deutschen Verkehrsvereins“ halten in der „Wartburg“, abends 8½ Uhr. Der Redner hatte in den Jahren von 1897 bis 1907 Reisen durch Transvaal, Westafrika, Marokko, Algerien und die nordafrikanischen Küstländer gemacht, zwischen 1900 bis 1901 in Deutschland sein Jahr abgelebt. 1908 befand er, in die Fremdenlegation eingetreten, um sich ein eigenes Bild von den Verhältnissen dieser vielbesprochenen, von Gerüchten umgebenen Einrichtung zu machen. Wenn man bedacht, daß jährlich ungefähr 3000 junge Deutsche in die Fremdenlegation eintreten, die fast sämtlich für immer dem Vaterlande verloren gehen, wenn man hört, daß die Fremdenlegation uns schon das fünfte unserer Verluste an Taten des letzten französischen Krieges gekostet hat, dann begreift man, daß ein vaterländisch gesinnter Mann, der Afrika so viel bereist hat, sein Leben aufs Spiel setzen konnte, um diese Gefahr in ihrer Quelle aufzufinden und genau Kenntnis darüber zu gewinnen.

— Der 1. Vorsitzende des „Kaufmännischen Vereins“ Stadtverordneter Hr. Glücklich, wird am Mittwochabend im Klubsaal der „Wartburg“ einen Vortrag über das Thema „Kaufmännischer Radverkehr“ halten und damit die Reihe der dieswinterrlichen Vorträge beschließen.

— Der letzte Vortragsabend des „Rhein- und Taunusklubs“ findet am kommenden Donnerstag im Saal der städtischen Mädchenschule, pünktlich abends 9 Uhr, statt. Herr E. Marbach wird über seine eistägige Wanderung im Westerwald und Wörringer Wald sprechen, ein Gebiet, das noch wenig von Touristen besucht worden ist. Der Vortrag wird durch eine große Anzahl prächtiger Lichtbilder illustriert.

Nassauische Nachrichten.

— Langenscheidtsbach, 23. März. Die infolge Pensionierung ihres bisherigen Inhabers erledigte Rentmeistertelle bei der hiesigen Kreisstelle ist vom 1. April d. J. ab dem Rentmeister Tughorn in Notzenburg, O.-L. Regierungsbezirk Rhenland, vertrieben worden.

— 11. Lorch a. Rh., 22. März. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde zur Deckung der Reparatur und Erweiterung der Akkumulatoren im städtischen Elektrizitätswerk eine Anleihe von 3200 Mark ausgenommen. Der Selbstkostenpreis des Stroms, der im allgemeinen für Licht zu 50 Pf. und für Kraft zu 20 Pf. an die Konsumenten abgegeben wird, beträgt unter alleiniger Berücksichtigung der reinen Betriebskosten 22 Pf.; wenn man aber die Gesamtausgaben, einschließlich Zinsen und Kapitalbetrag berücksichtigt, so stellt sich der Selbstkostenpreis auf 54 Pf. für die Kilowattstunde, also über den Verkaufspreis, worauf der Betriebszuschuß zurückzuführen ist. Das Werk hat 144 Anschlüsse (gegen 143 im Vorjahr), 24 Motoren mit 44,7 PS. und 5 Ventilatoren. Es wird zurzeit nur etwa zur Hälfte ausgenutzt und könnte bei größeren Stromabnahmen sich sehr wohl selbst tragen. Es ist daher beabsichtigt, einen größeren Kreis von Konsumenten durch Abgabe von Strom gegen Pauschalzahlung (ohne Zähler) heranziehen. Das Anlagekapital war ursprünglich 135 000 M., ist inzwischen auf 108 000,27 M. getilgt worden. — Seit unendlichen Zeiten war es hier üblich, die amtlichen und privaten Bekanntmachungen durch die Ortsstelle den Einwohnern bekanntzugeben. Dieser alte Brauch wird vom 1. April d. J. ab fallen, nachdem in der letzten Stadtverordneten-Versammlung beschlossen worden ist, die Bekanntmachungen künftig durch Anschlag an die Plakattafeln, die zu diesem Zweck vermehrt werden sollen, erfolgen zu lassen.

— k. Nieb a. M., 22. März. Durch Explosion einer Petroleumlampe explodiert hier gestern nacht eine junge Frau namens Schmidt so schwere Brandwunden, daß sie nach Frank-

furt a. M. ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Einem auf der Bestellung befindlichen Postboten wurde hier gestern ein Postpaket (Zigarren enthaltend) vom Wagen gekohlen. Die Diebe sind in Höchst verhaftet worden. — Der Gemeindevoranschlag für 1914 schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 400 063 M. ab.

— Camberg, 21. März. Heute morgen um 1½ Uhr verschied nach langem schwerem Leiden der praktische Arzt Dr. Siebert Plud. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, der in Camberg für lange Zeit hinaus eine große Rucke lassen wird. Er war leitender Arzt des hiesigen Hospitals, und hat sich als geschickter Operateur weit über die Grenzen Cambergs hinaus einen Namen gemacht. Als Arzt war er rastlos und unermüdet tätig, seine Arbeitslust und Arbeitskraft schienen keine Grenzen zu kennen; bis der starke Mann plötzlich zusammenbrach. In Raheim und Konstanz suchte er Genesung, aber als gebrochener Mann kam er heim. Die Stadt Camberg verliert in ihm den Stadtvorordneten-Vorsteher, der eine vermittelnde Stellung einnahm und die Gegensätze zu mildern suchte; viele Vereine ein raskloses und tätiges Mitglied, bei denen er oft in leitender Stellung war, die meisten von uns verlieren nicht nur den helfenden Arzt, sondern auch den treuen Freund und Berater.

— Montabaur, 23. März. Dem Gewerbeinspektor Gewerbeamt Remers aus Elzard i. R. Kommerz ist vom 1. April 1914 ab die zu dem gleichen Zeitpunkt neu errichtete Gewerbeinspektion Montabaur übertragen worden.

Aus der Umgebung.

Raubüberfall auf eine Mainzer Telephonistin.

Wb. Mainz, 24. März. Auf dem Wege zwischen Kappel und Kallheim wurde gestern abend eine im leichten Oble wohnende Telephonistin von zwei Männern überfallen und durch einen Schlagring sowie durch einen Revolverstoß verletzt. Das Mädchen wurde ins städtische Krankenhaus gebracht. Von den Tätern, von denen noch nicht feststeht, ob sie ein Sittlichkeitsverbrechen oder einen Raubüberfall beabsichtigt hatten, fehlt bis jetzt jede Spur.

W. Mainz, 23. März. Der Provinzialausschuß erklärte die Berufung des Vorsitzenden des Kreisaußschusses und der Vertreter der vereinigten bürgerlichen Parteien für begründet. Die gesamten Stadtverordnetenwahlen wurden für ungültig erklärt und die Kosten beider Instanzen der Stadt Mainz auferlegt.

Wb. Fulda, 24. März. Der Bauunternehmer Frindler aus Gelnhausen wurde heute früh auf dem Bahnhof Fulda durch den Rhönzug überfahren und sofort getötet.

Gerichtssaal.

M. Der Prozeß der Gräfin Petronella Storzewski entfiel. Frankfurt a. M., 24. März. Das Oberlandesgericht hob heute auf die Berufung der Gräfin Petronella Storzewski gegen das Urteil der zweiten Zivilkammer des Landgerichts Limburg vom 18. Januar 1908 den Entmündigungsbeschuß des ersten Staatsanwalts von Limburg vom 9. Juli 1907 auf. Sämtliche Kosten, einschließlich der Revisionskosten, wurden der Staatskasse auferlegt. Damit ging nach sechsjährigem Prozeßverfahren die Gräfin als Siegerin aus ihrem Rechtsstreit um Aufhebung ihrer Entmündigung hervor. Wie seinerzeit berichtet wurde, behauptet die Gräfin, die lange Jahre in Leipzig anständig war, aus einer polnischen Adelsfamilie zu stammen und in früherer Jugend mit dem Sohn eines Reichwärters verheiratet worden zu sein. Dieser Sohn habe später das ihr gehörige Majorat erhalten. Die Klägerin heiratete den Grafen Leon Storzewski, erhielt aber nach dessen Tode nicht seine Güter im Wert von 6 Millionen. Die Erben machten ihr den Besitz freitrag, wobei sie in einer Irrenanstalt untergebracht und schließlich entmündigt wurde.

Sport und Spiel.

— Ringkampf Koch-Eberle. Gestern abend standen sich im Schumann-Theater seit etwa zehn Jahren zum erstenmal wieder die beiden populärsten deutschen Ringer Jakob Koch und Heinrich Eberle gegenüber. Der Kampf der beiden massiven Männer verlief, wie die „F. Z.“ berichtet, lebhafter, als man erwarten konnte. Die ersten zehn Minuten wurde nur im Stand gerungen und durch Handgeleit- und Rademassagen ausgefüllt. Auch die zweite Runde brachte wenig Abwechslung; Eberle versuchte wiederholt, Untergriff zu fassen, Koch aber wehrte die Gefahr ab. In der dritten Runde mußte Eberle zu Boden, wo sein Gegner durch Aufreißer, Kelsons, Überstürzer und Ausheber ergebnislos angriff, bis beide in den Stand zurückkamen. Die vierte Runde leitete Koch durch heftige Rademassagen ein. Eberle kam wieder Parterre, wo Koch technisch sehr gute Aufreißer von neuem anbrachte, durch die Eberle zum Sitzen kam. Von der 41. Minute an ging es ohne Pause weiter. Die Chancen wechselten, doch war Koch der Verrückte, und bei Punktwertung hätte er gewinnen müssen. Eberle versuchte seine Untergriffe, wieder ohne Ergebnis. Dann gelang es ihm, eine verheerende Kopffessel anzubringen. Koch paradierte, während Eberle einen finsternen Untergriff von der Seite suchte. Koch kombinierte aber noch schneller, und durch Armfallführung slog Eberle nach 1 Stunde 10 Minuten auf den Rücken. Kampfrichter war der vor Jahrzehnten unter dem Namen „Deutschlands Fische“ bekannte Eberfelder Athlet Eigeman. Ruff Frankfurter Sportsleute fungierten als Schiedsrichter. Heute, Dienstagabend, findet der zweite Kampf statt.

— Radspport. Bei dem 50-Kilometer-Rennen, das der „Wiesbadener Radsporthub 1913“ vorgestern veranstaltete, errang Karl Reith mit einer halben Radelänge vor Volkmann den ersten Preis in 1:16:3. Dritter war Nühl, vierter Kaiser.

— Belgische Grandprix-Autorennen. Auch in diesem Jahre veranstaltet im Juli der Roy-Automobile Club von Belgien (Brüssel) wiederum die berühmten Rennen-Mennen. (Grandprix von Belgien.) Dieses Rennen gehört zu den sogenannten klassischen und ist das älteste und größte Bergrennen der Welt.

Neues aus aller Welt.

Ein Marineoffizier von einem Auto überfahren. Wiesbaden, 23. März. Kapitänleutnant Baron von Schwabenberg ist von einem Automobil überfahren und schwer verletzt worden.

Studentenunfall in Sachsen. Freiberg i. S., 23. März. In einem Nachbardorfe wurde ein Studentenmännchen abgetrieben, den auch einige Studierende der Freiburger Bergakademie mit einigen jungen Damen besuchten. Die Studierenden erregten

durch ihr Verhalten Anstoß, so daß ihnen der Besitzer des Gasthauses das weitere Verweilen verbot. Die Studenten begannen nun mit Schlagringen und Gummistöcken den Wirt und die Besucher zu bearbeiten. Verhaftungen konnten nicht vorgenommen werden, weil die Studierenden Widerstand leisteten, worin sie von einem Unteroffizier der Freiburger Garnison unterstützt wurden.

Brandstiftung durch spielende Kinder. Biffa, 23. März. Im Dorfe Mariane bei Margonin wurden mehrere große Scheunen, Viehhäuser und Maschinenhäuser eingestrichen. 17 Stück Viehhäuser und 27 Schweine sind verbrannt. Kinder, die mit Hündchen spielten, haben den Brand verursacht.

Zwei Brüder ertranken. Jena, 23. März. Zwei Knaben des Arbeiters Rische ertranken in der hochgehenden Saale. Der ältere fand seinen Tod beim Versuch, den jüngeren zu retten.

Verhaftung eines Berliner Desfrabanten in London. Berlin, 23. März. In London ist ein Berliner Desfrabant verhaftet worden. Es handelt sich um den 25 Jahre alten, aus Hamburg stammenden Buchhalter Hermann Haß, der für eine Berliner Firma zahlreiche Häuser in Berlin verwaltete und in dieser Stellung Unterschlagungen in Höhe von 50 000 M. verübte.

Ein Fuhrwerk von einer Lawine in einen Fluß geschleudert. Göttingen, 23. März. Ein Fuhrwerk wurde von einer gewaltigen Lawine in die Neuf geschleudert. Der Fuhrmann, der sich an einem Strauch festhielt, sowie ein Pferd wurden gerettet.

Ein großer Gemäldediebstahl. Rom, 23. März. In dem unbewohnten Schloß des Grafen Cobazza in San Martino bei Bologna wurde in der Nacht auf den Montag ein großer Gemäldediebstahl verübt. Die Diebe drangen vom Dach her in das Schloß ein und nahmen, während der Kastellan in tiefem Schlaf lag, alle Gemälde von den Wänden. Nicht weniger als dreizehn beste Werke wurden gestohlen. Aus der Auswahl der Gemälde wird geschlossen, daß die Diebe Kenner waren.

Ein großer Baumstammbrand. Bombay, 23. März. Heute morgen brach in einem Baumstammbrand ein Brand aus, der noch heftig fortwüthet. Die Verluste der bis jetzt vernichteten 60 000 Bollen Baumstämme werden auf eine halbe Million Pfund geschätzt. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Neuer heftiger Sturm in Rußland. Kiew, 23. März. Gestern und die ganze Nacht herrschte im Südosten Rußlands ein heftiger Sturm. In den von ihm heimgesuchten Dörfern und Ortschaften wurden zahlreiche Dächer losgerissen und Bäume entwurzelt. Mehrere Telegraphenlinien wurden beschädigt und viele Fahrzeuge auf dem Dniepr von ihren Ankerplätzen losgerissen.

Letzte Drahtberichte.

Zur Frage des Waffengebrauchs des Militärs.

△ München, 24. März. (Eig. Drahtbericht) Wie im bayerischen Kriegsministerium authentisch verlautet, ist jetzt tatsächlich eine Einigung zwischen den Bundesstaaten über den Waffengebrauch des Militärs erzielt worden, aber es ist ein großer Irrtum, wenn behauptet wurde, daß eine einheitliche Regelung des Waffengebrauchs in allen Bundesstaaten erreicht sei. Von Anfang an hatte es sich nur um den Erlaß gleichlautender Bestimmungen für Elsaß-Lothringen, nicht aber für das ganze Reich gehandelt. Tatsache bleibt, daß die für Elsaß-Lothringen neuformulierten, für alle dort stationierten verschiedenen Bundesstruppen einheitlichen Bestimmungen dem Sinne nach in den wichtigsten Punkten das Gleiche besagen, wie die ominöse preussische Kabinettsorder von 1820. Der schärfste Passus ist allerdings umgeändert worden, nämlich der Satz, nachdem das Eingreifen der Militärgewalt nach eigenem Entschlusse für erlaubt erklärt wird, wenn die Zivilbehörden eine Aufforderung zu solchem Eingreifen zu spät ergeben lassen. Dafür hat man, wie das „B. Z.“ meldet, auf Antrag der süddeutschen Staaten festgesetzt, daß das Militär bei entstehenden Notständen nach allgemeinen militärischen Bestimmungen zum Eingreifen aus eigenem Entschlusse berechtigt sei.

Die Ankunft des Kaisers in Venedig.

Wb. Venedig, 24. März. Der Kaiser ist um 9 Uhr 40 Minuten hier eingetroffen und hat sich sofort an Bord der „Hohenzollern“ begeben.

△ Venedig, 24. März. Das Kaiserpaar wird auf der Rückreise von Rom dem Gefandten Mumm v. Schwarzenstein in Portafina einen Besuch abstatten. Die Ankunft in Genua erfolgt am 6. Mai. Hierauf fährt das Kaiserpaar auf zwei Tage nach Karlsruhe und trifft am 9. Mai in Colmar ein, wo eine Wehrübung stattfindet. Nach dem Besuch der Hohenzollernburg am gleichen Tage fährt das Kaiserpaar nach Straßburg. Von dort erfolgt die Weiterreise am 11. Mai nach Reims, wo am 12. Mai militärische Übungen stattfinden. Am 13. Mai begeben sich der Kaiser und die Kaiserin (wie schon an anderer Stelle berichtet) nach Wiesbaden. Die alljährlichen Festspiele erreichen am 18. Mai ihr Ende, worauf die Abfahrt des Kaisers nach Berlin erfolgt.

Das große Revirement.

S. Berlin, 24. März. (Eig. Drahtbericht) Der „Vorwärts“ wußte heute zu melden, der deutsche Volschaffer in St. Petersburg Graf Pourtales werde seine Demission geben und durch den Volschaffer in Paris, Herrn v. Schoen, ersetzt. Wie uns von Berliner amtlicher Stelle erklärt wird, entspricht diese Meldung nicht den Tatsachen. Nach Informationen, die wir von privater Seite erhalten, die aber als durchaus zuverlässig anzusehen sind, ist in der Tat nicht ein solches, wohl aber ein anderes Revirement im Laufe des Frühjahrs oder Sommers zu erwarten. Es kann als feststehend angesehen werden, daß sowohl der Volschaffer in Paris, Herr v. Schoen, als auch der Volschaffer von Tokio Graf Rez aus dem Dienst scheiden werden, und der jetzige Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Jagow, als Volschaffer nach Paris überföhren wird. Ebenso ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Antos Dr. Zimmermann den japanischen Volschafferposten erhalten wird. Als künftiger Staatssekretär des Auswärtigen wird sehr der frühere Volschaffer in Tokio, der jetzt als Privatmann in Frankfurt a. M. lebende Baron v. Mumm, genannt.

Der reichsländische Repräsentationsfonds.

Wb. Straßburg, 24. März. Zu der zweiten Lesung des Etats des Statthalters, die morgen in der Ersten Kammer stattfindet, haben die Mitglieder Dr. Molitor und Genossen folgenden Antrag eingebracht: „Die Erste Kammer bleibt nach wie vor bei ihrer in den beiden letzten Jahren ausgesprochenen Auffassung, daß die Herabminderung der Repräsentationskosten des kaiserlichen Statthalters nicht begründet ist und der verfassungsmäßigen Stellung des Statthalters nicht entspricht.“

Zur Verhaftung des bayerischen Landtagsabgeordneten Abrecht.
wb. München, 24. März. In den Bandelgängen der Kammer der Abgeordneten wurde in der heutigen Sitzung die Verhaftung des fraktionslosen Abgeordneten Eugen Abrecht lebhaft erörtert. Der in dem Hause anwesende Minister des Innern, Hr. v. Soden, erklärte in Privatgesprächen mit den Abgeordneten auf Befragen, daß auch ihm eine Bestätigung über die Verhaftung des Abgeordneten Abrecht zugegangen sei. Er wolle den Bericht des bayerischen Ministeriums des Innern abwarten. Auch habe er sich mit dem bayerischen Justizministerium in Verbindung gesetzt. Dort sei ihm aber geantwortet worden, daß man höchstwahrscheinlich an der Sachlage nichts ändern könne, da der Haftbefehl von einem außerbayerischen Gericht und die Verhaftung auf außerbayerischem Boden, in Mannheim, erfolgt sei.

Der Streif der englischen Offiziere in Irland.
xx Belfast, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach der Veröffentlichung eines Lokalblattes sind die Offiziere des Norfolkregiments in Hollowood bei Belfast gefragt worden, ob sie gegebenenfalls bereit wären, auf die Ulsterleute zu schießen. Es wurden ihnen einige Stunden Bedenkzeit gegeben, sie wurden dann einzeln in ein Zimmer vor den kommandierenden General gebracht und gaben fast alle die Erklärung ab, daß sie bestimmt ablehnten, gegen die Ulsterleute die Waffen zu ergreifen.

Amerikanische Zollpladereien.
O New York, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Die hiesige Zollbehörde hat auf Anordnung des Departements für Agrikultur ein Ameisen-Spielzeug von der Einfuhr ausgeschlossen und die Ameisen zur „Deportation“ verurteilt. Frau Charles Morse, die Gattin des bekannten New Yorker Eis-Königs, lehrte in den letzten Wochen von Wiesbaden zurück und brachte ihrem Sohn von dort einen Ameisenbau, der ihrer Angabe nach das neueste naturwissenschaftliche Spielzeug ist, mit. Die Zollbehörde fragte in Washington wegen Vergeltung des Spielzeugs an. Darauf entschied der Entomologe Howard, daß nach dem Gesetz „ausländische Insekten“ nicht importiert werden dürfen.

Die Warenzufuhr nach Bolivien über argentinische Häfen.
wb. Santiago de Chile, 24. März. Der Minister des Äußern Villagras hat die von der bolivianischen Gesandtschaft Sanjines haben gezeigten ein Übereinkommen, betreffend die Warenzufuhr durch beide Länder, abgeschlossen.

Der Generalfreil in Peru.
wb. Lima, 24. März. Gestern fanden in verschiedenen Städten infolge der politischen Parteien Schlägereien statt, bei denen mehrere Personen verletzt und eine getötet wurden. Es werden größere Unruhen befürchtet, da die Regierung fast außerstande ist, die Lage zu beherrschen. Die Handelsfreie sind durch den Generalfreil sehr beunruhigt.

Revolverattentat in einem Pariser Gerichtssaal.
x Paris, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Nach ihrer Vernehmung als Zeugen in einer Ehehindernisangelegenheit feuerte die Gattin eines der höchsten Beamten im Kolonialministerium, Lavigne de Saint-Esprit, drei Revolvergeschosse gegen den Verhandlungsvorsitzenden, Grafen Serwan, ab.

Nach einer anderen Version war der Revolver nur mit Plagpatronen, nach einer dritten überhaupt nicht geladen. Im Justizpalast besteht die Absicht, wegen der bedenklichen Häufung solcher Attentate alle vor den Gerichtshöfen erscheinende Personen einer Verhörsuntersuchung zu unterziehen.

Nach einer Untat von Kannibalen.
wb. London, 24. März. Abermals wird eine Untat der Kannibalen von den Neu-Guineern gemeldet. Drei Mann der Besatzung des französischen Schoners „Guadeloupe“ sollen von den Eingeborenen der Insel Makusa gefangen genommen und aufgefressen worden sein. Eine Bestätigung dieser Meldung ist bisher nicht eingetroffen.

Starker Schneefall in Thüringen.
Eisenach, 24. März. Der andauernde starke Schneefall gibt der Landschaft ein völliges Wintergepräge.

Ein Erdsturz.
Bregenz, 24. März. Bei Doren im Bregenzer Wald erfolgte ein gewaltiger Erdsturz von 600 Meter Breite und 500 Meter Länge. Dadurch ist ein bedeutender Schaden an den Kulturen entstanden.

wb. Ogen, 24. März. Der vorbestrafte 20jährige Arbeiter Dietrich, der kürzlich erst aus dem Gefängnis entlassen worden war, stahl seinen Eltern Schmauchjachen, für deren Wiederbeschaffung die Polizei in Anspruch genommen wurde. Während darüber verurteilt Dietrich durch Schüsse seine Mutter tödlich und seine Schwägerin sowie einen jüngeren Bruder erschlug. Er wurde von der Polizei durch Schüsse kampfunfähig gemacht und verhaftet.

wb. Barcelona, 24. März. Hier streifen 2000 Fabrikarbeiter. In neun Fabriken liegt die Arbeit still.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

24. März. 8 Uhr vormittags.
1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beob.-Station.	Barom.	Wind-Richtung u. Stärke.	Wetter.	Therm. Cel.	Beob.-Station.	Barom.	Wind-Richtung u. Stärke.	Wetter.	Therm. Cel.
Borkum	748.2	SO 3	bedeckt	11.0	Sollay	747.3	WNW 7	halbbd.	10.5
Hamburg	752.7	SO 3	wolkig	10.3	Aberdeen	741.5	—	Regen	9.5
Swinemünde	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Paris	753.5	—	—	10.0
Memel	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Vladivostok	743.5	S 4	Regen	7.0
Anchen	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Christiansund	743.5	—	—	10.0
Hannover	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Skagen	743.5	S 2	—	10.0
Berlin	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Kopenhagen	743.5	S 2	—	10.0
Dresden	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Stockholm	743.5	S 2	—	10.0
Greifswald	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Oslo	743.5	S 2	—	10.0
Metz	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Warschau	743.5	S 2	—	10.0
Frankfurt	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Wien	743.5	S 2	—	10.0
Karlsruhe	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Florenz	743.5	S 2	—	10.0
München	755.2	W 1	halbbd.	10.1	Seydlitz	743.5	S 2	—	10.0
Zugspitze	755.2	W 1	halbbd.	10.1					
Valencia	755.2	W 1	halbbd.	10.1					

Beobachtungen in Wiesbaden

23. März	7 Uhr	2 Uhr	9 Uhr	Mittel.
Barometer auf 0° und Normalschwere	743.0	745.5	746.8	745.1
Thermometer auf dem Meerespiegel	733.4	755.9	767.2	755.5
Thermometer (Celcius)	3.1	6.0	3.5	4.2
Lufttemperatur (mm)	6.0	5.7	6.1	5.3
Relative Feuchtigkeit (%)	88	87	87	88.7
Wind-Richtung und -Stärke	N 2	NO 2	NO 1	—
Niederschlagshöhe (mm)	9.5	0.4	—	—
Höchste Temperatur (Celcius)	6.5	—	—	—
Niedrigste Temperatur	—	3.2	—	—

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Bei gewisser Widerstandskraft gegen weitere Rückgänge fehlte doch der Börse die Fähigkeit zu einer Aufwärtsbewegung. Das Publikum bleibt dem Geschäft weiter fern und die Kursbewegung trug den Stempel der Unsicherheit und Ungleichheit. Die berufsmäßige kleine Spekulation sah sich fortgesetzt stets wieder zu Glatzstellungen gezwungen. Infolge des besseren Verlaufs der New Yorker Börse und Steigerungen in London hatte die Tendenz eine Befestigung. Auch konnten zugleich im Zusammenhang mit der Geldflüssigkeit die Spross-Reichsanleihen anziehen. Schiffahrtsaktien gebessert. Der Montanmarkt lag auf den Essener Kohlenmarktbericht und die fortgesetzten Preisunterbietungen auf dem Stabesenermarkt vorwiegend schwächer. Gelsenkirchen auf die bevorstehende Trennung des Dividendenscheines etwas höher. Kanada lagen auf New York anfangs fester, gaben aber später nach, da die niedrigeren Einnahmen sich nicht aus einer veränderten Berechnung herleiten lassen. Russen-Banken nach festem Beginn wegen Ausgabe von jungen Aktien niedriger. Ultimogeld 4% Proz. reichlich angeboten, jedoch ohne Abnehmer. Tägliche Geld 2 1/2 Proz. Sätze der Seehandlung unverändert. Privatkredit 3 1/2 Proz. bzw. 3 3/4 Proz. (gestern 3 1/2 bzw. 3 3/4 Proz.).

Frankfurter Börse.

= Frankfurt a. M., 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Die festere Stimmung, welche gestern an der New Yorker Börse Platz gegriffen hat, ist für das Verhalten der hiesigen Spekulationskreise von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Auch der Wiener Markt ließ eine günstigere Stimmung erkennen, die allerdings auf dem Fondsmarkt weniger zur Geltung kam, da das Kursniveau größtenteils schwächere Tendenz aufweist. Das Geschäft war zunächst etwas lebhafter. Von Bankaktien wurden österreichische Kreditanstalt höher bezahlt. Von heimischen Banken Deutsche Bank etwas lebhafter gehandelt. Baltimore-Ohio im Anschluß an New York fest. Schiffahrtsaktien konnten sich behaupten. Auf dem Montanaktienmarkt lagen auch heute anregende Momente vor, die zur Belebung hätten beitragen können. Phoenix-Bergbau zunächst fester. Deutsch-Luxemburger gut preishaltend. Interesse bestand für Harpener und Gelsenkirchen. Am Rentenmarkt zeigte sich Nachfrage für einzelne heimische Anleihen. Am Markt der fremden Renten war das Geschäft still. Der Kassamarkt der Dividendenwerte lag ziemlich fest. Die Börse schloß gut behauptet. Privatkredit 3 1/2 Proz. (gestern 3 1/2 Proz.).

Banken und Geldmarkt.

* Mitteldeutsche Bodencredit-Anstalt in Greiz und Frankfurt a. M. Die Generalversammlung genehmigte die Anträge der Verwaltung, nach denen eine alsbald zahlbare Dividende von 4% Proz. verteilt und der Betrag von 91 463 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Zu den turnusmäßig ausscheidenden Mitgliedern des Aufsichtsrats wurde an Stelle des durch Tod ausgeschiedenen Kommerzienrats Georg Spiegelberg der Kommerzienrat Hermann Spiegelberg in Hannover neu gewählt.

w. Diskontomäßigung in Holland. Amsterdam, 23. März. Die Niederländische Bank hat den Diskont von 4 auf 3 1/2 Proz. herabgesetzt.

Berg- und Hüttenwesen.

w. Alpine Montangesellschaft. Wien, 23. März. In der Sitzung des Verwaltungsrates der Österreichischen Alpen Montangesellschaft wurde der Rechnungsabschluß für das Jahr 1913 festgestellt. Bei einem Bruttoertragnis des Berg- und Hüttenwesens von 28 277 483 Kronen gegen 35 586 585 Kronen im Vorjahr weist die Bilanz nach Abzug von 8 193 799 Kronen für Generalunkosten und Steuern usw. einen Reingewinn von 15 017 390 Kronen (i. V. 23 762 283 Kronen) auf. Einschließlich des Gewinnvortrages von 1 672 354 Kronen stehen daher 16 690 744 Kronen zur Verfügung. Es wurde beschlossen, eine ordentliche Generalversammlung für den 16. April einzuberufen und in derselben zu beantragen, eine Dividende von 17 Proz., gleich 25 Kronen per Aktie, gegen 26 Proz., gleich 52 Kronen per Aktie im Vorjahre, zu verteilen.

Industrie und Handel.

w. Die Norddeutsche Wollkammerei und Kammgarntspinnerei zu Delmenhorst beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 10 Proz. nach reichlichen, dem Vorjahre entsprechenden Abschreibungen (1 608 535 M.) vorzuschlagen.

* Die Matheson Müller, Kom.-Ges. a. A. in Eltville (Schaumweinfabrik), erzielte 1913 einen Warengewinn von 446 858 M. und bei 298 589 M. Unkosten, 45 000 M. Zinsen für 1 000 000 Mark Schuldverschreibungen und 9649 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 89 257 M., woraus 5 Proz. Dividende auf 1 250 000 M. Kapital gezahlt werden. Die Liegenschaften stehen mit 580 000 M. zu Buch. Die Waren sind mit 1 366 357 Mark bewertet und die Außenstände betragen 663 593 M. Andererseits belaufen sich die Buchschulden auf 311 837 M.

w. Die Th. Goldschmidt-A.-G. in Essen a. d. R. verteilt aus dem Reingewinn von 2 158 620 M. (gegen 1 449 423 M. i. V.) eine Dividende von 12 Proz. (wie i. V.) auf das erhöhte Aktienkapital.

* Die Gullapparat- und Gusswerk-A.-G. in Mainz schlägt der am 9. April stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 3 Proz. (i. V. 4 Proz.) vor.

Genossenschaftswesen.

* Der Eltviller Darlehnskassenverein, a. G. m. b. H., hielt am Sonntag seine ordentliche Generalversammlung ab. Die Genossenschaft hat im Jahre 1913 ihr Betriebskapital von 104 812 Mark auf 111 513 M. erhöht und ist der Reservefonds mit 6139 M. ausgewiesen, während die Betrieberrücklage die Höhe von 1961 M. besitzt. Der Kassensatz im abgelaufenen Jahre hat die Höhe von 98 903 M. An Spareinlagen besitzt die Genossenschaft 69 734 M. Die Jahresrechnung und Bilanz wurde nach dem Vortrage des Herrn Rentanten Hans Schmidt einstimmig genehmigt und dem Vorstände ebenso Entlastung erteilt. Die turnusgemäß ausscheidenden Mitglieder der Vereinsorgane, und zwar vom Aufsichtsrat Ph. Mohr und Christoph Montag, wurden wieder- und die Herren Peter Müller und Joseph Reineke neu in den Aufsichtsrat gewählt. Als Rentant der Genossenschaft wurde der Gärtnereibesitzer Hans Schmidt und als Beisitzer Franz Fläschner 2r gewählt.

* Die Spar- und Leihkasse, a. G. m. b. H., Geisenheim, erzielte einen Gesamtumsatz von 8 623 91 M., gegen das Vorjahr ein Mehr von 3 263 913 M. Die Bilanz schließt auf beiden Seiten mit 1 444 846 M. ab. Das Geschäftsguthaben betrug Ende 1913 218 059 M., gegen das Vorjahr mehr 55 455 M. Die Haftsumme betrug 11 025 M., gegen das Vorjahr mehr 6000 M. Die Mitgliederzahl ist auf 735 gestiegen. Der Reingewinn betrug 17 216 M., aus dem 7 Proz. Dividende verteilt werden

Wettervoraussage für Mittwoch, 25. März 1914,
von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.
Wolkig, zeitweilige Regenfälle, kühle westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

am 24. März

Hochw. Pegel:	1.54 m	gegen 1.55 m	am gestrigen Vormittag
Caub.	4.67 m	4.73 m	—
Mainz.	2.88 m	3.00 m	—

22 = Reklamen. = 22

Wie ich mein Gewicht in einigen Wochen ohne gefährliche Drogen auf das Normal herabsetzte.

Ueberflüssiges Fett wird auf einfache, harmlose Weise entfernt. — Bericht von St. Clara Dyer.



Jahrelang war ich als einer der dicksten Leute in Paris bekannt, und bei meinem jüngsten Aufenthalt im Seebad wurde ich meiner übermäßigen Fettigkeit wegen noch allgemein zum Gegenstand des Gelächters und Bewunderung. Bei meinem Abbruch einige Wochen später hatte ich aber das Blatt gewechselt, denn das Körpergewicht war auf das gesunde Normal zurückgegangen. Dabei war mir diese Wendung zum Besseren niemals gütlich geworden, sondern nur ein Beweis, daß ich mich nicht einer der Fieberleuten eines Tages angetroffen, wie ich den Strand entlang schliefte. Warum ich es nicht einmal mit Refia-Blättern versuchte, meinte er. „Sie werden von Seepflanzen gemacht, und hier herum wächst genug, um Ihr Fett so schnell zum Verschwinden zu bringen, daß Sie staunen werden.“ Ich ließ es auf einen Versuch ankommen, und richtig, von Tag zu Tag verringerte sich mein Umfang und bewies mir, wie wahr die Worte gewesen. Mein Gewicht sank wie durch Zauber, und statt eines schwächlichen Einflusses gaben mir die Refia-Blätter im Gegenteil von Beginn an neue Kraft und Energie. Heute sehe ich besser aus und fühle mich wohler als je zuvor. St. Clara Dyer.

Anmerkung: Refia-Blätter sind rein pflanzlicher Natur und enthalten weder Schmelzen noch irgend welche drastische Drogen. Die wertvollen, Seepflanzen entnommenen Elemente verleihen ihnen eine großartige Wirksamkeit in der Verminderung des Körperumfanges; selbst der schwächliche Magen kann sie verdauen. Dabei sind Refia-Blätter verhältnismäßig billig und jetzt so viel in Gebrauch, daß alle Apotheken sie in Tablettenform zum Leichten und angenehmen Einnehmen auf Lager führen. Vor jeder Mahlzeit nimmt man zwei Tabletten und trinkt etwas Wasser darauf. Refia-Blätter sind absolut harmlos; obwohl sie sich allgemein als sehr gesundheitsförderlich erweisen, ist es doch unnötig, mit der Behandlung fortzusetzen, wenn das Körpergewicht einmal das gesunde Normal erreicht hat.

solien. Der langjährige verdiente Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Pfarrer Feldmann, legte aus Altersrücksichten dieses Amt nieder. Es wurden drei Aufsichtsratsmitglieder gewählt, nämlich die Herren Gastwirt Joh. Walther, Fuhrunternehmer Fr. Holschier von hier und Kaufmann Phil. Keutner von Rudesheim.

* Die Landwirtschaftliche Spar- und Darlehnskasse, a. G. m. b. H., Kiedrich, hielt am Sonntag ihre Generalversammlung ab. Das Betriebskapital der Genossenschaft hat Ende 1913 die Höhe von 115 667 M., während dasselbe Ende 1912 die Höhe von 93 467 M. erreicht hatte. Der Reservefonds und die Betrieberrücklage der Genossenschaft haben die Höhe von 5278 M., während als Geschäftsguthaben 3065 M. ausgewiesen sind, so daß die eigenen Betriebsmittel 9041 M. betragen. Der Stand der Kündigungsgelder hat sich bei der Genossenschaft von 23 000 M. Ende 1912 auf 28 070 M. Ende 1913 gehoben. Es sind Ende 1913 65 Mitglieder vorhanden. Nach kurzer Besprechung der Jahresrechnung und Bilanz wurde dieselbe auf Antrag aus der Versammlung einstimmig genehmigt und dem Vorstände Entlastung erteilt.

* Verschuldsverein Höchst a. M. Die Mitgliederzahl stieg von 2552 auf 2149, die Bilanzsumme von 6 886 347 M. auf 7 312 871 M. und der Umsatz auf beiden Seiten des Hauptbuchs von rund 188 Millionen auf rund 206 Millionen Mark. Der Reingewinn erhöhte sich um rund 7000 M. auf 125 491 M. An Dividende werden wieder 7 Proz. zur Verteilung vorgeschlagen.

Marktberichte.

= Aus dem Bericht der Preisermittlungsstelle der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden, Mannheim, 23. März. Preise für 100 kg. Weizen 20.25 bis 20.75 M., Roggen 16.25 bis 16.50 M., Gerste 16.75 bis 18.25 M., Hafer 16.50 bis 18.25 M., La Plata 15.50 M. — Mainz, 20. März. Preise für 100 kg. Weizen 20.15 bis 20.80 M., Roggen 16.25 bis 16.75 M., Gerste 16.50 bis 17.50 M., Hafer 17 bis 17.75 M. — Diez, 20. März. Preise für 100 kg. Rot-Weizen 20.88 M., fremder Weizen 20 M., Roggen 15.88 bis 16 M., Braugerste 16.54 M., Futtergerste 13.74 M., Hafer 16 M.

O. Hen- und Strohmarkt zu Frankfurt a. M. vom 24. März. Man notierte: Heu per 50 Kilo 2.80 bis 3 M. Geschäft: ruhig. Die Zufuhren waren aus dem Oberrheinkreis, den Kreisen Hanau und Dieburg.

= Hahn i. T., 24. März. Der erste Schweinemarkt, der hier abgehalten worden ist, war trotz des ungünstigen Wetters sowohl von Verkäufern wie Käufern stark besucht. Es waren aufgetrieben 413 Stück und wurden bezahlt für vier bis sechs Wochen alte Ferkel 32 bis 40 M., für Läufer 70 bis 80 M. für das Paar. Daß die Einführung dieses Marktes ein Bedürfnis war, hat sich heute bestätigt; Liebhaber konnten ohne erst mehrere Ortschaften abzulaufen, das Gewünschte sich aussuchen und mit dem nächsten Zuge wieder zurückfahren. Der nächste Markt findet am 16. April statt.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Degerberg; für Rechtswesen: H. v. Rautenbach; für Kunst und Sport: G. Hübner; für Landwirtschaft: H. Diefenbach; für Sport und Spiel: H. Hübner; für Vermischtes und Unterhalten: C. Schneider; für Kunst: H. Hübner; für die Anzeigen und Reklamen: G. Dornau; Druck: H. Hübner.

Druck und Verlag der R. Schellensberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden.

Erscheinenszeit der Redaktion: 12 bis 1 Uhr in der politischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

1 fl. holl.	1.70
1 alter Gold-Rubel	3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	2.10
1 Peso	4.—
1 Dollar	4.20
7 fl. sächsische Whrg.	12.—
1 Mk. Bko.	1.50

Amerikanische Bahnen.		Chilener	0.90
Athensan Pop. common	100.37	De. Besser refered	18.43
Baltimore und Ohio	9.75	East Rand	1.81
Canada Pacific	211.50	Goidid	1.21
Chicago-Milwaukee	101.50	Gierz	0.47
Denver u. Rio common		Goldfields	2.18
Erie common	30.75	Jagersfontein	4.75
Great Western	12.	Moderfontein	13.31
Louisville u. Nashville	141.25	Premiers	8.50
Min. Kns. Texas	16.37	Rand Mines	5.66
New York Ontario West	28.25		
Pennsylvania Railroad	57.37	Fonds.	
Reading	83.25	5 Argentinier von 1890	100.
Rock Island	6.82	4 do. von 1897-1900	83.
Southern Pacific	97.02	Argent. Navigatord.	13.75
do. Railway common	28.52	do. preferred	22.25
Steels common	65.50	4 Brasilianer von 1899	73.
Trans common	21.37	3½ Buenos Aires	65.
Union Pacific common	163.62	3 Chilenen von 1896	102.
		4½ do. von 1908	91.
Minen.		3 Deutsche Reichsanleihe	75.25
Amalgamated	78.02	2½ Engl. Konsols	75.25
Anacosta	7.57	4 Griech. Mon.	57.
Rio Tinto	71.37	4 Japaner von 1905	82.
Tang. Cons.		4½ do. "	90.75
Utah Copp.	11.37	3½ Ind. Rupes Am.	63.82
Centr. Min.	7.02	5 Mexikan. kon. Anl.	80.